Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i. der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228. Donnerstag, den 29. September 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Quittung für Kaiserreden und Fleischnot.

So hat sich denn der spröde Wahlkreis Frankfurt-Lebus auch noch dem stürmischen Werben der Partei der kämpfenden Arbeiter und arbeitenden Kämpfer ergeben müssen! Nicht Magdeburger Bruderstreit — Fleischnot und Gottesgnadentum haben bestimmend auf den Wahlausfall eingewirkt. Das war eine arge Enttäuschung gewesen, als die erste Meldung vom glänzenden Hauptwahlsiege sich als falsch erwies. Am 15. September hatten schon um 11 Uhr abends das sozialdemokratische wie das nationalliberale Wahlbureau Fabers Sieg mit 1700 bis 2000 Stimmen Mehrheit als sicher gemeldet. Rasch durcheilte die Siegeskunde Berlin und ganz Deutschland. Aber der hinkende Bote kam nach: in den Morgenstunden des nächsten Tages traf die amtliche Feststellung ein, daß sich in die Berechnungen der Parteien ein Fehler eingeschlichen habe, daß dem Genossen Faber elende 39 Stimmen an der Mehrheit fehlten und er in Stichwahl mit dem nationalliberalen Archivrat Winter aus Magdeburg stehe. Die wackeren Nationalliberalen hatten sich inzwischen schon zur Ruhe begeben und weinten den Schmerz über die vermeintlichen Hiebe still in die Bettücher. Um so größer war ihre Freude und Siegeszuversicht, als sie sich plötzlich in Stichwahl mit uns sahen. Das Wahlresultat gab ihnen auch einiges Recht zu hoffen.

Von 36 774 Wahlberechtigten hatten in der Hauptwahl nur 28 892 ihr Wahlrecht ausgeübt. 197 Stimmen waren ungültig gewesen, sodaß im ganzen 28 695 Stimmen abgegeben waren, von denen 14 319 auf unseren Genossen Faber, 7754 auf den nationalliberalen Dr. Winter und 6595 Stimmen auf den konservativen Arbeitersekretär Dunkel entfielen. Ein polnischer Kandidat erhielt 20 Stimmen und zersplittert waren 7 Stimmen. Selbst wenn man alle bürgerlichen Stimmen zusammenrechnet, war ihr Vorsprung minimal. Aber die Hoffnung der Nationalliberalen stand auf den fast 8000 Nichtwählern. Sie mußten mit der nationalliberalen Alarmtrompete mobil gemacht, in Schrecken über das Anwachsen der „roten Flut“ versetzt und dann halb besinnungslos zur Wahlurne geschleppt werden. Die Konservativen, die trotz gelegentlichen Gezänkes in den Nationalliberalen ihre treuen Schildknappen sehen, spannten alle Kraft für die Wahl des „Hansabündlers“ an. Uneigennützig natürlich und nur aus nationalem Interesse, wie sich bei den Junkern ja von selbst versteht. Nur unter der Hand fragte ihr Wahlkreisvorsitzender v. Stünzner-Karbe an, ob man nicht für die Wahlhilfe zum Reichstag einen Sitz im Dreiklassenparlament abtreten wolle. Die Vollzähligkeit, mit der die konservativen Wähler an die Urne getreten sind, läßt es sehr wahrscheinlich erscheinen, daß die Nationalliberalen im Falle ihres Sieges Gegenleistungen in Aussicht gestellt haben.

Das schwache Lichtlein liberaler Siegeshoffnung in Frankfurt-Lebus flackerte hell auf, als es auf dem Magdeburger Parteitag etwas lebhafter zuging. Selbst sonst verhältnismäßig verständige Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“, wanden dem Archivrat Winter, der schon in einem vollen Dutzend mitteldeutscher Wahlkreise durchgefallen ist und an Lebhaftigkeit des politischen Wohnungswechsels selbst seinen Parteiführer Bassermann noch übertrifft, schon Vorschußlorbeeren. Da las man:

„Es ist nicht unmöglich, daß die Wirkung (des Magdeburger Parteitages) sich bereits bei der Stichwahl in Frankfurt an der Oder zeigen wird. In der Hauptwahl wäre der sozialdemokratische Kandidat um ein Haar gewählt worden. Nur ein paar Dutzend Stimmen fehlten ihm zur absoluten Mehrheit. Wir sind sehr gespannt darauf, wie er nach dem Magdeburger Parteitag bei der Stichwahl abschneiden wird. Jedenfalls, der gestrige Tag kostet der Sozialdemokratie Hunderttausende von Stimmen, die ihr sonst bei den nächsten allgemeinen Wahlen zugefallen wären.“

Das „gespannte“ Tageblatt kann ruhig das schwache Pferdchen demagogischer Ausnützung des Magdeburger Parteitages wieder abspannen lassen; es kann den festgefahrenen Karren der Bethmannpolitik auch nicht aus dem Sumpfe ziehen.

Die Nationalliberalen haben ihr Bestes getan, noch rasch die Magdeburger Debatten für sich auszuschlachten; es war umsonst. Wohl vermochten sie das gesamte bürgerliche Wählerheer zusammenzutreiben, weil es einig ist im Haß gegen die mächtig aufstrebende Arbeiterschaft, wohl konnten sie durch die zügellos entfesselte Sozialistenhetze mit den Mitteln von 1907 — Flugblätter im Reichsverbandsstil und Dutzende von Studenten, jungen Beamten und Kaufleuten als Wahlschlepper — die gesamtbürgerliche Stimmenzahl noch um 1300 Stimmen steigern, aber die Sozialdemokratie gewann aus eigener Kraft noch 1480 Stimmen und damit das Mandat. Mit Hochdruck ist von beiden Seiten gearbeitet worden, um in dem weit ausgedehnten schwer zu bearbeitetyn Kreis noch fast 3000 Stichwähler mobil zu machen. Unsere Genossen verbreiteten unermüdlich die Wahlzeitung bis in die entferntesten Dörfer und eine Unzahl von Versammlungen wurden noch am Sonntag abgehalten. In Berlin wurden die letzten dort arbeitenden Wähler, die im Kreise wahlberechtigt sind, mobil gemacht, und hinausgeschickt. Die fleißige Arbeit lohnte der Erfolg, und den Siegern jubelt heute der herzliche Glückwunsch des gesamten deutschen Proletariats zu. Gegenüber der Stichwahl von 1907 haben wir 3600 Stimmen gewonnen, die Gegner 2200 Stimmen verloren. Auch unsere bisher erreichte Höchststimmenzahl im Kreise, die der Stichwahl von 1903, wo uns einige freisinnige Stichwahlhilfe zuteil wurde, ist um noch mehr als 1000 Stimmen übertroffen worden.

Der schöne Sieg kann an niederschmetternder Wucht mit Zschopau-Marienburg nicht verglichen werden. Dafür ist er aber auf einem besonders schwierigen Terrain erfochten worden. Frankfurt-Lebus ist ebenso wie Ueckermünde-Usedom-Wollin ein rein ostelbischer Wahlkreis. Die beiden größeren Städte, Frankfurt a. O. und Fürstenwalde werden in weitem Kreise von Dörfern und Rittergütern umgeben. Die beiden Städte sind natürlich auch heute noch unsere festen Stützpunkte: Frankfurt brachte uns schon bei der Hauptwahl 6750 Stimmen gegen 5698 im Jahre 1908. Aber neben dem durch die Industriearbeiterschaft bedingten Anwachsen unserer Anhängerschaft in den beiden Städten müssen auch die Landarbeiter der Großgüter in erheblichem Maße für uns gestimmt haben.

Gerade der Massenabfall der Landarbeiter hat 1907 unsere starken Mandatsverluste, der meist sogar mit Stimmenrückgang verbunden war, im Osten verschuldet. Die Abkehr der Proletarier in der Landarbeit vom bürgerlichen Schutzzollideal, dem möglichst teuren „nationalen Schwein“ eröffnet für die allgemeinen Wahlen die besten Aussichten.

Unser in heißestem Kampfe errungener Wahlsieg bedeutet ein neues Verdammungsurteil des Volkes über die Auswucherung und die Anmaßungen des Gottesgnadentums. Das Volk will leben und frei sein, nicht hungern als stummer Knecht. Wenn die Herrschenden fortfahren, den Bogen der Provokation zu überspannen, so wird er brechen. Auch wenn die Gegner noch so demagogisch arbeiten!

Wir können uns lebhaft vorstellen, wie die Nationalliberalen den jüngsten Parteitag auszuschlachten versucht haben. Hat doch der Abg. Stresemann schon am Sonntag in der Sitzung des Nationalliberalen Landesausschusses für Sachsen die Stirn gehabt, zu behaupten, Bebel habe sich auf dem Parteitag entrüstet, weil ein Arbeiterbildungsverein sich mit Goethe beschäftigt hätte! Unsere Leser wissen, daß Bebels Politik nur der Tatsache galt, daß der mehr als seltsame Vortrag eines katholischen Kaplans über Goethe widerspruchslos entgegengenommen wurde. Stresemanns wahrhaft gigantische Unwahrheit zeigt uns, daß unsere Gegner mit allen Mitteln arbeiten, sobald sie sich nur Erfolg davon versprechen.

Deshalb gewährt es uns großes Vergnügen, an Frankfurt-Lebus zu sehen, wie wirkungslos die Demagogie bleibt, die sich auf die Magdeburger Budgetdebatten hängt. Frohen Mutes rufen wir den Feinden zu: Magdeburg zieht nicht!

Schade, daß für die nächste Zeit keine Reichstags-Ersatzwahlen mehr in Aussicht stehen. Nur darum bleiben wir einstweilen beim 52. sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten stehen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Liberalen und die sozialdemokratische Wahltaktik.

Die Erklärung, die Genosse Dietz als Vorsitzender des Magdeburger Parteitages in seiner Schlußrede über die Wahltaktik der Sozialdemokratie abgab, gibt der liberalen Presse Anlaß zu allerlei nörgelnden Betrachtungen. Der fragliche Passus der Schlußrede lautete:

„Von einem Handel zwischen uns und den Liberalen kann nicht die Rede sein, wohl aber von einer Hilfe dort, wo die Liberalen einem Reaktionär gegenüber zu schwach sind. Wo es uns selbst nicht gelingt, aus eigener Kraft den Reaktionär zu besiegen, hauen wir den Liberalen als das kleinere Übel heraus. So war es immer, selbst mit einem Disziplinbruch (Heiterkeit), so wird es auch ferner bleiben. Also bitte, mögen sie gegebenenfalls das gleiche tun. So, aber auch nur so, ist eine Bundesgenossenschaft denkbar. Wir sind schon zu häufig geleimt worden, um uns Illusionen hinzugeben.“

Dazu sagt die liberale „Voss. Ztg.“: „Also der Genosse Dietz will, daß die Sozialdemokratie, wo der Liberale zu schwach ist, den Reaktionär zu überwinden, nach der Theorie vom kleineren Übel für den Liberalen eintritt. Aber er will keinen „Handel“ abschließen; es soll alles nur sein wie in früheren Fällen. Diese Haltung ist widerspruchsvoll. Wenn die Sozialdemokratie ernsthaft der Reaktion zu Leibe gehen wollte, so müßte sie die Aufstellung eigener Kandidaten überall dort unterlassen, wo sie selbst keine Aussicht auf die Erlangung des Mandats hat, aber durch ihren Wettbewerb den liberalen Kandidaten aus der Stichwahl verdrängt. Diesen Rat für die Taktik im ersten Wahlgang haben auch hervorragende Revisionisten gegeben; es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Genosse Dietz ihn für richtig hält. Aber Herr Bebel hat gegen jede Änderung der Taktik geeifert und in jeder Abmachung mit dem Liberalismus einen gefährlichen Verzicht auf Selbständigkeit und Werbekraft erblickt, und die radikale Mehrheit denkt nicht daran, die verkehrte Aufstellung von Zählkandidaten aufzugeben. Ergo fügt sich der Vorsitzende des Parteitages, vielleicht in dem Bewußtsein, daß selbst seine platonische Bereitwilligkeit, die Liberalen „herauszuhauen“, bei den Revolutionären manchen Anstoß erregen wird. Praktisch ist sie kaum von sonderlicher Tragweite; denn einmal wird die Sozialdemokratie, je häufiger sie durch eigene Kandidaten Liberale aus der Stichwahl verdrängt, um so seltener Gelegenheit haben, sie „herauszuhauen“, und sodann hat die frühere Stichwahlparole, bei der es jetzt anscheinend bleiben soll, die Genossen nicht gehindert, recht vielen freisinnigen Kandidaten und selbst Männern wie Quidde und Blumenthal die Unterstützung zu versagen, obwohl sie allen aufgestellten Anforderungen hinsichtlich des Wahlrechts, des Koalitionsrechts, der Ausnahmegesetzgebung genügten. Freilich war auch, wo diese Voraussetzungen erfüllt waren, die Entscheidung abhängig gemacht von der Würdigung der ganzen Persönlichkeit des Kandidaten. Und gegen Quidde, Blumenthal, Fischbeck und andere haben die Genossen einmal die Antipathie. Selbst Conrad Haußmann fand keine Gnade vor ihren Augen. Nur war er stark genug, sich ohne sozialdemokratische Hilfe „herauszuhauen“. Indessen vielleicht ist hinsichtlich der Wahltaktik das letzte Wort noch nicht gesprochen.“

Die „Voss. Ztg.“ ist anscheinend noch auf die famose Theorie Eugen Richters von den falschen Stichwahlen eingeschworen. Sie verlangt, die Sozialdemokratie solle, wo sie nicht von vornherein sichere Aussicht auf Erlangung des Mandats hat, auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten, um nicht die Liberalen aus der Stichwahl zu verdrängen und so dem Reaktionär zum Siege zu verhelfen. Die „Voss. Ztg.“ vergißt dabei nur das eine: wenn die Liberalen durch die Sozialdemokratie aus der Stichwahl gedrängt werden, so ist das zunächst ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie in dem betreffenden Wahlkreise stärker geworden ist als die Liberalen, und daß es daher ihr gutes Recht ist, um das Mandat in der Stichwahl zu streiten. Wenn dann in dieser der Reaktionär gewählt wird, so ist das nicht Schuld der Sozialdemokratie, sondern der Liberalen, die einem Reaktionär vor einem Sozialdemokraten den Vorzug geben. Hinterher der Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus machen wollen, ist geradezu albern.

Zumal bei den kommenden Wahlen würde die Sozialdemokratie unvernünftig handeln, wenn sie dem Ansinnen der Liberalen folgen und zugunsten dieser in gewissen Wahlkreisen auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten würde. Der gewaltige Stimmungsumschlag seit der letzten „Finanzreform“ hat schon bei den Nachwahlen eine starke Verschiebung des Stimmenverhältnisses zugunsten der Sozialdemokratie gezeigt und sie wird sich bei den kommenden allgemeinen Wahlen noch stärker zeigen. Wie stark, das kann sich erst bei den Wahlen im ersten Wahlgange ergeben, und zwar nur wenn die Sozialdemokratie überall eigene Kandidaten aufstellt. Auf Grund der so gewonnenen Wahlresultate läßt sich erst über die Stellungnahme in den Stichwahlen entscheiden. Wollte die Sozialdemokratie diese Taktik nicht einschlagen, so würde sie schwer gegen ihr eigenes Interesse sündigen.

Wenn die „Voss. Ztg.“ meint, praktisch werde die vom Genossen Dietz proklamierte Taktik — die übrigens für Sozialdemokraten selbstverständlich ist — kaum vor

großer Tragweite sein, weil durch Verdrängung der Liberalen aus der Stichwahl um so seltener Gelegenheit gegeben sei, sie herauszuhauen, so verrät das sehr wenig Vertrauen auf die eigene Kraft der Liberalen, ist aber kein Grund unsere Taktik zu ändern. Den Vorwurf, daß auch Genossen liberale Kandidaten haben durchfallen lassen, sollte das freisinnige Blatt lieber nicht erhoben haben. Der Fälle sind nicht viele, sondern recht wenige und es geschah in der Verärgerung darüber, daß die Freisinnigen in Dutzenden von Fällen den ärgsten Reaktionären zum Siege über die Sozialdemokratie verholfen haben. Auf dem Umstand, daß die freisinnigen Wähler so gern ins reaktionäre Lager überlaufen, wenn sie die Wahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Reaktionär haben, daß sie manchmal auch nach der Seite hin kommandiert worden sind, beruht ja die famose Theorie von den „falschen Stichwahlen". Weil die Liberalen oft genug zu feige waren, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, um den Sieg des Reaktionärs zu verhindern, soll die Sozialdemokratie auf eigene Kandidaten verzichten, um jene aus dem Dilemma zu befreien. Auf solche Zumutungen können wir uns natürlich nicht einlassen. Und wir wollen nur wünschen, daß die Linksliberalen bei den nächsten Wahlen mehr Courage beweisen, als bei den letzten. Sonst haben sie es zu verantworten, wenn der Reaktion des schwarz-blauen Blocks nicht die verdiente Niederlage mit aller möglichen Schärfe bereitet wird.

Etwas verständiger urteilt das „Berl. Tagebl." Es meint, man werde nicht bestreiten können, „daß die sozialdemokratische Partei doch auch schon manchen Erfolg durch die Wahlhilfe der liberalen Parteien erzielt hat. Und gerade aus den Nachwahlen des letzten Jahres könnten wir Herrn Dietz mehrere schlagende Fälle für die liberale Wahlhilfe der sozialdemokratischen Partei anführen. Aber es ist schließlich Sache der sozialdemokratischen Partei, darüber zu entscheiden, ob sie sich ein einer »splendid isolation« wohler fühlt als bei einem festen Stichwahlabkommen. Und unter allen Umständen ist es beachtenswert, daß die sozialdemokratische Partei bei den kommenden Reichstagswahlen grundsätzlich überall den Liberalen als das kleinere Übel ansehen und heraushauen will, wo sie selbst aus eigener Kraft nicht siegen kann, und wo auch die Liberalen der Reaktion gegenüber zu schwach sind. Diese Parole kommt in der Sache auf die von uns immer wieder erhobene Forderung hinaus, daß wenigstens bei den Stichwahlen die liberale und die sozialdemokratische Linke zusammengehen müssen, um die Parteien des schwarz-blauen Blocks, Zentrum, Konservative, Polen, Antisemiten, Agrarier und den ganzen reaktionären Troß zu bekämpfen."

Wie schon gesagt, hoffen wir auch, daß die Liberalen eingesehen haben, wie selbstmörderisch ihre Stichwahltaktik von 1907 und bei manchen früheren Wahlen war. Mögen sie sich also bessern, um ernstlich dazu zu helfen, der Reaktion Boden abzugewinnen. An der Sozialdemokratie soll es nicht fehlen.

Scharfmacherische Nationalliberale.

Die Nationalliberalen in Rheinland-Westfalen haben in einer Versammlung in Dortmund zum nationalliberalen Parteitag in Kassel Stellung genommen und ihre Meinung dahin fixiert:

„Wir erwarten von dem Parteitag in Kassel, daß er unter Abweisung aller gegenteiligen Bestrebungen den Charakter der Partei als Mittelpartei und ihre Aufgabe, die Gegensätze zwischen rechts und links zum Besten des Vaterlandes zu mäßigen und auszugleichen, unangetastet beibehalte. Bei dem Charakter als Mittelpartei darf sich die Partei nicht einseitig nach links drängen lassen. Es muß ihr vielmehr unbenommen bleiben, mit allen bürgerlichen Parteien den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend Wahlbündnisse zu schließen. Unter Aufrechterhaltung unserer grundsätzlichen Stellung den Parteien gegenüber halten wir für die kommenden Wahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie für die Forderung des Tages."

Nationalliberale Gemeinheit.

Die „Nationalliberale Korrespondenz", die von einem Dr. Fritz Stephan Neumann verantwortlich gezeichnet wird, leistet sich die Gemeinheit, daß sie die Sozialdemokratie für die Krawalle in Moabit verantwortlich macht. Der freche Patron schreibt:

„Auf dem Magdeburger Parteitag war es der sozialdemokratischen Parteileitung darum zu tun, den blamablen Eindruck der unerträglichen Schimpfszenen zwischen den beiden Parteiflügeln und der brutalen Vergewaltigung der revisionistischen Minderheit auf die sozialdemokratische Wählerschaft durch einen Coup besonderer Art wettzumachen. Man verfuhr dabei nach dem alten Rezept, die tatsächliche Bedrohung des Staates und der öffentlichen Sicherheit durch die Sozialdemokratie umzufälschen in eine Bedrohung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch den Staat und seine Sicherheitsorgane. Die „Genossen" im Lande sollen durch dieses Manöver von dem ekten Stank und Zank der Führer abgelenkt werden, auf daß die angebliche „Gewaltpolitik" der „kapitalistischen Monarchie" die Reihen der Sozialdemokratie geschlossen finde. Herr Limpertz verlas zu diesem Zwecke einen durch Vertrauensbruch erlangten Befehl des kommandierenden Generals v. Bissing, der lediglich die pflichtgemäßen Anweisungen des militärischen Befehlshabers für den Fall des sozialdemokratischen Aufruhres enthielt. Dem „Vorwärts" war dieses Ablenkungsmittel höchst erwünscht, und er täuschte seinen Lesern unter der Aufschrift „Maschinengewehre gegen das eigene Volk" offensive Tendenzen der Behörden gegen die Arbeiterschaft vor, obwohl es sich um nichts anderes als um Abwehr und Notwehrmaßnahmen handelte, die angesichts der ständigen sozialdemokratischen Drohungen nur zu berechtigt sind. Auch Herr Bebel erging sich jetzt vor dem Magdeburger Parteitag in solchen Drohungen. „Wenn wir gekonnt hätten, hätten wir losgeschlagen und alles zertrümmert, was uns im Wege stand", bekannte er für die Zeit der Verabschiedung des Sozialistengesetzes. Von der Eroberung Preußens mittels des allgemeinen und gleichen Wahlrechts sagte er: „Das kostet Mühe, das kostet Arbeit, das kostet Schweiß, und das kostet evtl. noch mehr." Offenbar deutet dieses „Noch mehr!" auf die Vorgänge hin, die in dem Berliner Stadtteil Moabit bereits in Vorbereitung waren und heute nacht zu einer förmlichen Straßenschlacht, hervorgerufen durch sozialdemokratische Ausständige der Kohlenfirma Kupfer u. Co. geführt haben."

Folgt ein Bericht der „B. Z. am Mittag", in dem ausdrücklich und wiederholt darauf hingewiesen wird, daß der Janhangel und Rowdys die Hauptträger der Krawalle sind. Das hindert die nationalliberalen Verleumder nicht, dem Bericht folgende Bemerkung anzufügen:

„Das ist die wohlvorbereitete Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit von den Skandalszenen zu Magdeburg. Es ist getreu nach der Anweisung Bebels verfahren worden: „Wenn wir gekonnt hätten, hätten wir losgeschlagen und alles zertrümmert, was uns im Wege stand." Hier konnte man es und so geschah es! Wenn irgend etwas, so ist dieser sozialdemokratische Aufruhr geeignet, die militärischen Anweisungen, wie sie Herr v. Bissing traf, zu rechtfertigen. Und es wird Sache unserer Behörden sein, der Sozialdemokratie zu zeigen, daß die „Eroberung Preußens" nicht ganz so einfach ist, wie es sich die gewissenlosen Schwadroneure von Magdeburg träumen lassen."

Die scharfmacherische „Post", Stummschen Angedenkens, schlägt natürlich in dieselbe Kerbe. Sie beginnt ihren Artikel über die Moabiter Krawalle mit folgenden Sätzen: „Was in Magdeburg gesät wurde, wird in Moabit geerntet. Das Feuer, das dort geschürt wurde, ist hier zu lichterlohen Flammen emporgeschlagen." Das Blatt leistet sich dann die Albernheit und verlangt von Zubeil, Bebel, Ledebour und Luxemburg, daß sie den „Mut haben", bei den Moabiter Unruhen an der Spitze auszuhalten. Die geistigen Urheber dieser Untaten säßen in Sicherheit und Ruhe und lesen mit Schadenfreude die Schreckensberichte über den Aufruhr. Auch das „Berliner Tageblatt" wird angepöbelt, weil es sich nicht zu dem „Standpunkt" der noblen „Post" bekennt.

Die enttäuschte Regierung.

Die mit Beamtenkreisen enge Fühlung haltenden „Deutschen Nachrichten" können mitteilen:

„Der Ausfall der Reichstags-Stichwahl in Frankfurt-Lebus ist den leitenden Stellen, wie wir zuverlässig hören, äußerst überraschend gekommen. Noch vorgestern trat in Regierungskreisen deutlich die Meinung zutage, daß die sichtliche Spaltung auf dem Magdeburger sozialdemokratischen Parteitag dazu beitragen werde, die Position der bürgerlichen Parteien in Frankfurt-Lebus zu stärken. Der Ausfall der Wahl hat jedoch zu erkennen gegeben, daß diese Hoffnung trügerisch war, denn es läßt sich nicht ableugnen, daß der gewählte Faber Unterstützung von den Kreisen gefunden hat, auf die man nach den Magdeburger Tagen sicher für den nationalliberalen Kandidaten rechnete. Und das wird an leitender Stelle als im höchsten Grade bedauerlich erklärt."

Behüt Dich Gott, es wär so schön gewesen!

Konservative Absage an den Freisinn.

Mit dem sächsischen Freisinn hält die „Kreuzzeitung" scharfe Abrechnung. Sie hält den Freisinnigen vor, daß sie bei den sächsischen Landtagswahlen mindestens vier Mandate, die den Konservativen sicher waren, den Sozialdemokraten in die Hände spielten. Deshalb sei es die Meinung weiter konservativer Kreise, daß man diese Schleppenträger der Sozialdemokratie genau so behandeln müsse, als wie die Sozialdemokratie selber. Die Epistel schließt:

„Daß eine konservative Stimme einem Sozialdemokraten zufällt, ist allezeit ausgeschlossen; allein nach allem, was geschehen ist, stehen die erwähnten bürgerlichen Demokraten, solange sie sich nicht ändern, für die meisten konservativen Wähler einem Sozialdemokraten gleich; sie würden keinem von beiden ihre Stimme geben!"

Eine Rede des Reichstagspräsidenten.

Der Präsident des Reichstags, Graf von Schwerin-Löwitz, hat auf der Festversammlung des „Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern", einer stramm agrarischen Organisation, eine Rede gehalten, in der er die Schutzzollpolitik als die Retterin der Landwirtschaft pries und nachdrücklich Verwahrung einlegte gegen eine Öffnung der Grenzen.

Pardon wird nicht gegeben.

Der badische Staatsminister v. Bodmann hat eine Erklärung veröffentlicht, daß er nach wie vor ein entschiedener Gegner der politischen Ziele der Sozialdemokratie sei. Die „Deutsche Tageszeitung" ist damit nicht zufriedengestellt. Sie konstatiert, daß der Minister die Sozialdemokratie als eine großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes bezeichnet und damit fälschlicherweise zugestanden habe, daß der vierte Stand nicht frei ist. Für solche Aussprüche eines Ministers, sagt das agrarische Blatt, gibt es keine Entschuldigung.

Der Kampf mit geistigen Waffen beim Zentrum.

Mit welchem Fanatismus und Ingrimme die Angehörigen der Zentrumspartei das Eindringen der Sozialdemokratie in ihrer Presse verfolgen und zu verhindern versuchen, zeigt die Tat eines solchen Anhängers der Partei für „Wahrheit" und „Recht" in Hösbach bei Aschaffenburg. Vor einer dortigen Wirtschaft lauschte abends der Vertrauensmann des Zentrums, in der seit kurzer Zeit unser Würzburger Parteiorgan, „Der Fränkische Volksfreund", aufliegt und in der einige Parteigenossen saßen und sich unterhielten. Als er bemerkt wurde, gingen einige junge Burschen hinaus, auf die der Zentrumsmann blindligs, ohne jede Veranlassung, mit dem Messer einstach. Die Zentrumsblätter der Provinz, die die Lügenartikel über die Sozialdemokratie an hervorragendster Stelle behandeln, haben von dem Vorfall noch nichts gebracht.

Vieheinfuhr aus der Schweiz.

Die „Karlsruher Zeitung" meldet amtlich:

„Mit Rücksicht auf den günstigen Stand der Maul- und Klauenseuche in der Schweiz hat das Ministerium des Innern die Ein- und Durchfuhr von Rindern und Ziegen aus den Kantonen Aargau, Basel, Bern, Freiburg, Neuenburg, Schaffhausen und Solothurn mit Wirkung vom 22. d. M. ab wieder zugelassen."

Die Maul- und Klauenseuche in der Schweiz war früher ebensowenig von Belang, wie jetzt. Sie diente der agrarisch gesinnten Regierung eben nur zum Vorwand, die Grenzen zu sperren, um die Fleischpreise im Inland zu steigern. Jetzt, da die Fleischnot die Regierung zwingt, die Sperre zu mildern, muß ihr der Rückgang einer nie bestandenen Seuchengefahr als Vorwand dienen.

Die bayerische Regierung zur Fleisch- und Milchversorgung.

Das Staatsministerium des Innern hat den bayerischen Handelskammern und dem bayerischen Industriellenverband eine Entschließung zugehen lassen, in welcher Mittel angegeben sind, um den seit Jahren steigenden Preisen für Fleisch und Milch entgegenzutreten. Als ein Mittel zur Linderung der Fleischnot wird die Einführung der Kaninchenzucht unter der Arbeiterbevölkerung empfohlen. Weiter soll der drohenden Steigerung der Milchpreise durch Begünstigung der Ziegenhaltung unter der Arbeiterbevölkerung begegnet werden. Die Industriekreise werden angegangen, durch Beihilfen beim Bezug von Schlachtkaninchenrassen durch Anlage von Kaninchenställen und Bereitstellen von Grundstücken zum Anbau des notwendigen Futters, dann ferner durch Beihilfen zur Anschaffung von Milchziegen, durch Anlage von Stallungen, Aufstellung von Zuchtböcken usw., „ihren sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen eine neue Einrichtung von großer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung anzugliedern."

Es ist geradezu erstaunlich, auf welche Einfälle die bayerische Regierung noch kommt, um den Anschein zu erwecken, als wolle sie gegen die Lebensmittelteuerung etwas Ernsthaftes unternehmen. Auch diese Maßnahmen sind ein Versuch mit untauglichen Mitteln, der keinerlei Erfolg bringen wird.

Rußland.

Neue Enthüllungen über das russische Spitzelwesen. Die „Russ. Korr." teilt mit: Neue Schläge stehen dem russischen Spitzelwesen und folglich der russischen Bureaukratie bevor. Denn ein neuer Mann, aus der Mitte der ehemaligen Spione und Provokateure, meldet sich zu Worte und schickt sich an, den ganzen Mechanismus der unheimlichen und verbrecherischen politischen Polizei Rußlands an den Pranger zu stellen. Leonid Menschikow heißt dieser Mann, der über 20 Jahre der Spionage gedient und mehrmals an der Spitze der sogenannten Schutzabteilungen (Ochranas), selbst im wichtigen Warschau, gestanden hat. Während seines langjährigen Dienstes, in dem er es bis zum Staatsrat gebracht hat, pflegte er alles, was er erlebte, zu notieren, wichtige Dokumente aufzubewahren oder abzukonterfeien und die Gesellschaft der staatserhaltenden Spitzel aufs gründlichste zu studieren. Vom Willen geleitet, diese ungemein instruktiven Materialen zur Kenntnis der weitesten Öffentlichkeit zu bringen, hat er bereits alles nach Paris transportiert, von wo aus er seine Kampagne beginnen wird. Eingeweihte behaupten, daß sein einzigartiges Archiv von unschätzbarem politischen und kultur-psychologischen Wert sei. Jetzt erst erfährt man es, daß Menschikow es eigentlich gewesen ist, der Azews Rolle, Hartings Identität mit dem ehemaligen „Revolutionär" und Provokateur Landesen und noch manch andere sensationelle Erscheinung auf diesem Gebiete zuerst enthüllt hat, während Lopuchin in Wirklichkeit über Azew nur eine bestätigende Äußerung getan haben soll. Was Menschikow aber nunmehr beabsichtigt, ist mehr als dies: er will durch eine Fülle von Einzelheiten das ganze System brandmarken. Damit wird er die Leistungen seines Vorgängers Bakai bei weitem überflügeln und in dieser Hinsicht möglicherweise selbst Burzew in den Schatten stellen. Ist er aber nur mit einer kleinen Dosis psychologischen Verständnisses ausgestattet, so darf man von ihm die Lösung zahlreicher rätselhafter Erscheinungen erwarten. Vorläufig ist dieser Staatsrat Leonid Menschikow noch selbst ein Rätsel. Denn niemand kann die Frage so recht beantworten, was ihn vor etwa anderthalb Jahren bewogen hat, seinem Dienste Valet zu sagen und sich den Sozialrevolutionären zur Verfügung zu stellen. Wahr ist es, daß er als achtzehnjähriger Jüngling revolutionären Tendenzen oberflächlich gehuldigt hat und deswegen ins Gefängnis geriet. Aber damals — es war im Jahre 1887 — legte er ein weitgehendes Geständnis ab, nannte rücksichtslos seine Kameraden und kam durch das Gefängnis in den Dienst der Ochrana. Von da ab war er, von einem einzigen unbekannt gebliebenen Seitensprung des Jahres 1890 abgesehen, seinem Spionagehandwerk zwei Dezennien hindurch treu gewesen. Während dieser langen Zeit hat er ebenso wie die andern spioniert und provoziert, bis er schließlich über zahllose Opfer hinweg in die Höhe kam und in das ganze Getriebe einen Einblick gewann. Da, auf seiner Höhe, entschloß er sich, die Revolutionäre über Azews verräterisches Treiben aufzuklären und sandte ihnen ein anonymes Schreiben darüber. Weil aber Azews Rolle in solcher Genauigkeit nur fünf, sechs Beamten der Ochrana bekannt war, so fiel eben auch auf ihn ein schwerer Verdacht, der seine „Karriere" durchkreuzte. Gleichwohl hätte sich der jetzige Staatsrat a. D. nach kurzem wieder emporarbeiten können, wenn ihn nicht ein gewisser Instinkt dorthin zurückgetrieben hätte, wohin er als ganz junger Mann sich hingezogen gefühlt hatte. Oder hatte er die ganze Zeit im Dienst des mörderischen Spionagesystems den Willen in sich getragen, im geeigneten Zeitpunkt alles abzuschütteln und der Welt die geheimnisvollsten Kollektivverbrechen der russischen politischen Polizei kundzutun? Wer vermag über die Seelen dieser rätselhaften Charaktere volle Klarheit zu gewinnen? Wenn es war ist, was seine Umgebung behauptet, daß sein Archiv durch das Massenmaterial gleich einer Bombe wirken werde, so wird man wohl bald von interessanten Enthüllungen hören und vielleicht es auch verstehen, wie selbst alte Diener des russischen Polizeisystems diesem plötzlich voll Ekels den Rücken kehren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 29. September.

Achtung Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Kolonie bauten in Rücknitz sind wegen Akkordarbeit gesperrt, des weiteren der Bau C. Berlies, Ecke Rotlöscherstraße, wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten.

Arbeiter, seid auf der Hut! Um Abonnenten zu fangen, werden von der bürgerlichen Presse allerlei Versprechungen gemacht, die dann in den seltensten Fällen erfüllt werden. Am meisten fallen die Menschen auf die sog. „Versicherung" herein, die nun auch die „Eisenbahn-Zeitung" und der „General-Anzeiger" eingeführt hat. Und gerade vor dem Quartalswechsel werden alle Anstrengungen gemacht, um neue Dumme zu fangen, die dann nach erfolgtem Abonnement fleißig angepöbelt werden können, in der zutreffenden Voraussetzung, daß sich Leser dieser Blätter alles gefallen lassen. Bei der Gelegenheit des Abonnentenfanges wird denn auch in recht marktschreierischer Weise die angebliche Versicherungssumme benutzt, um diese „beliebte" Unternehmerpresse überall dort einzuführen, wo sie bisher noch keinen Eingang gefunden hatte. Und gerade die Arbeiter werden mit einer geradezu widrigen Aufdringlichkeit heimgesucht, diese Bevölkerungsklasse also, die von der „Eisenbahn-Zeitung", dem „General-Anzeiger" und den „Lübeckischen Anzeigen" immerfort mit Dreck beworfen wird, wenn sie sich Rechte erringen oder bessere Lebenshaltung erkämpfen will. Das haben wir bei den verschiedenen Streiks, bei den Wahlrechtsdemonstrationen usw. gesehen. Arbeiter, Arbeiterfrauen, ihr erweist euch selbst den größten Dienst, wenn ihr euch politisch und gewerkschaftlich aufklärt und durch engen Zusammenschluß dafür sorgt, daß nicht nur eure Lebenshaltung eine bessere werde, sondern daß auch die Berufsgefahren durch Ausbau der Sozialgesetzgebung auf ein Minimum reduziert werden. Um das zu erreichen, muß man aber sich bilden und aufklären, das kann man aber nicht mit der Generalanzeigerpresse, die jeden Hofklatsch bringt, nicht aber, was dem Arbeiter frommt, sondern die Arbeiterpresse, die den Köder der sog. Versicherung verschmäht, dafür aber unentwegt für die Interessen der Arbeiter kämpft, das ist hier der „Lübecker Volksbote". Jetzt zum Quartalswechsel mögen die Arbeiter das bedenken und mit aller Energie dafür sorgen, daß die Versicherungspresse jeder Art überall aus den Wohnungen der Arbeiter verschwindet und dafür die Arbeiterpresse einzieht. Wohl veröffentlichen die „Versicherungsblätter" jeden Fall, wo die sog. Versicherung ausbezahlt wird, nicht aber die vielen Fälle, wo die Ansprechenden abgewiesen werden. Doch über dieses Thema wollen wir ein anderes Mal sprechen. Für heute lasse sich jeder Arbeiter gesagt sein, falle niemand auf die Versprechungen hinein, die die bürgerliche Presse vor dem Quartalswechsel macht.

Die schweren Ausschreitungen arbeitswilliger Revolverhelden in der Nacht zum Sonntag gaben besonders der „Eisenbahn-Zeitung" und den „Lübeckischen Anzeigen" Veranlassung zu dem durchsichtigen Schwindel, daß diese verbrecherischen Taten von den Streikenden provoziert oder gar verübt worden seien. Die dem Unternehmertum dienende Presse wollte nämlich um jeden Preis gegen die kämpfenden Werftarbeiter hetzen und dazu war ihr dann auch das Mittel der systematischen Fälschung durchaus recht. Zu der Annahme, daß die genannten Zeitungen ihre Tatarennachrichten im guten Glauben in die Welt gesetzt hätten, liegt umsoweniger Veranlassung vor, als schon eine Anfrage bei der Polizei oder den bedrohten Wirten genügt hätte, um den wahren Sachverhalt einigermaßen genau zu erfahren. Diese Anfragen hat man aber geflissentlich unterlassen oder die erhaltene Antwort unterdrückt. Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Schon am Dienstag mußten sowohl die „Lübeckischen Anzeigen" als auch die „Eisenbahn-Zeitung" einer Richtigstellung der Streikleitung Raum geben, nach der an den Vorkommnissen Streikende oder Ausgesperrte überhaupt nicht beteiligt waren. Damit war die erste sensationelle Schwindelnotiz und ihre Urheber auf das treffendste gekennzeichnet. Daß eine solche moralische Stäupung die Diener der Werftherren schmerzt, ist begreiflich und so versuchen sie denn, in anderer Weise sich weiß zu waschen und den Streikenden doch etwas anzuhängen. So schreibt gestern die „Eisenbahn-Zeitung", indem sie darauf Bezug nimmt, von der Streikleitung sei ihr erklärt worden, daß an den Ausschreitungen keine Streikenden beteiligt waren:

„Die behördlichen Feststellungen haben nun doch ein etwas anderes Bild ergeben. Als die Arbeitswilligen am Sonnabend abend ihren Arbeitsplatz verließen, um sich zur Stadt zu begeben, wurden sie von mehreren in der Umgebung der Fabrik aufgestellten Streikposten bis zur Clemenstwiete verfolgt und dort entspann sich dann der erste Kampf, bei welchem die Arbeitswilligen nicht allein auf die Streikposten, sondern auf alle Leute einschlugen, die ihnen in den Weg kamen. Für diese Verfolgung können die Streikposten nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil es sich nicht um eine strafbare Tat handelt. Man wird aber zugeben müssen, daß diese „Begleitung" der Arbeitswilligen den ersten Anlaß zu den Ausschreitungen gegeben hat."

Also die Streikposten waren doch das Karnickel, welches „den Anlaß zu den Ausschreitungen" gab. So mußte die Sache gedreht werden. Demgegenüber müssen wir nach Informationen von der Leitung der Ausgesperrten auf das bestimmteste erklären, daß die Behauptung der „Eisenbahn-Zeitung" unwahr ist. Kein Streikposten hat die Streikbrecher begleitet. Ob andere am Streik unbeteiligte Leute sich die Revolverhelden näher angesehen und ihnen das Geleit gegeben haben, wissen wir nicht. Wenn letzteres wirklich geschehen wäre, so wird es doch wohl immer Geheimnis der „Eisenbahn-Zeitung" bleiben, wieso diese „Begleitung" die Veranlassung zu dem Überfall und die Beschießung von Wirten und Zimmerleuten in den frühen Sonntagvormittagstunden gewesen sein soll. Für uns ist es nicht möglich, hier irgend einen Zusammenhang zu finden. Aber wie gesagt: Die Absicht der „Eisenbahn-Zeitung", den Ausgesperrten eins auszuwischen, liegt ganz klar auf der Hand. Dabei heißt es in der Abonnementseinladung der „E.-Z.", daß sie „zielbewußt die Interessen des Mittel- und Arbeiterstandes vertritt". Wie das geschieht, zeigt vorstehende kleine Probe.

Die Dreckschleuder wird im Amtsblatt wieder einmal kräftig gegen die Sozialdemokratie geschwungen. In einem anscheinend von Reichsverbandsseite stammenden „Leitartikel", überschrieben „Die Ablenkung von Magdeburg" wird der Magdeburger Parteitag mit den Berliner Straßenkrawallen wie Kraut und Rüben durcheinandergewürfelt und im Anschluß daran betont, daß „der sozialdemokratische Aufruhr" in Moabit die Bissingschen „militärischen Anweisungen" rechtfertige. Der ganze Leid-Artikel, der von Schimpfereien, Fälschungen und Verdrehungen strotzt, stinkt so sehr nach der bekannten Kloake, daß wir nur diejenigen bedauern können, die ihn in sich aufnehmen müssen. Man kann es ja verstehen, wenn sich bei den Nationalliberalen, deren dürftige Gefolgschaft wie Butter vor der Sonne schwindet, bei denen ein Reinfall sich auf den andern türmt, allmählich eine blöde Verzweiflung und geistige Störung geltend macht, deren Produkte Leid-Artikel wie der oben angezogene sind. Kein vernünftiger Mensch wird das Geschreibsel der „Lübeckischen Anzeigen" ernst nehmen. Im übrigen geht man wohl nicht fehl, daß die Urheber der Berliner Unruhen den Elementen charakterverwandt sind, die in der Nacht zum Sonntag auch in Lübeck als Revolverhelden öffentliche Lokale unsicher machten, dabei aber die weitgehendste Sympathie der bürgerlichen Presse inkl. Amtsblatt genießen.

Zum Umzug. Der 1. Oktober rückt heran und mit ihm die Zeit des Umzuges. In dieser Zeit werden viele und weittragende Rechtsverbindlichkeiten eingegangen, und daher ist es zweckmäßig, auf die Rechte und Verpflichtungen der Mieter hinzuweisen. Der Mietvertrag ist dann schon geschlossen, wenn Mieter und Vermieter ihr Einverständnis mündlich darüber ausgedrückt haben, daß der Mietlustige die Räume unter gewissen Bedingungen von einem bestimmten Zeitpunkt an innehaben will. Schriftliche Abfassung des Mietvertrags ist nicht nötig, um ihn bindend zu machen. Erfahrungsgemäß unterschreiben viele Mieter alles, was sie vorgelegt bekommen, vielleicht weil sie annehmen, daß alles, was im Vertrage steht, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Auch sind sie der Meinung, daß das Gesetz über die besonderen Vereinbarungen geht. Dies trifft nicht zu. Darum ist äußerste Vorsicht beim Unterschreiben von Mietverträgen notwendig. Manche Hausbesitzervereine haben einen Vertrag ausgeklügelt, in dem gerade die wichtigsten Rechte des Mieters, die sonst gesetzlich garantiert sind, aufgehoben werden. Dafür einige Beispiele. Der § 387 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sagt:

„Schulden zwei Personen einander Leistungen, die ihrem Gegenstande nach gleichartig sind, so kann jeder Teil seine Forderung gegen die Forderung des anderen aufrechnen, sobald er die ihm gebührende Leistung fordern und die ihm obliegende Leistung bewirken kann."

Derartige gleichartige Forderungen, die gegen einander aufgerechnet werden können, kommen im Mietverhältnis sehr oft vor. Der Mieter macht Aufwendungen, die zur Instandhaltung und Instandsetzung notwendig sind, er führt Reparaturen aus, deren Kosten der Vermieter zu tragen hat usw. Nach dem Gesetz könnte er die dafür verauslagten Kosten ohne weiteres vom Mietzins abziehen, und er käme somit ohne viele Umstände zu seinem Recht und Geld. Doch in manchem Mietvertrage verzichtet der Mieter auf dieses Aufrechnungsrecht und ist dadurch gezwungen, Forderungen, die er an den Hauswirt hat, besonders einzutreiben. So werden noch manche andere gesetzlichen Bestimmungen zuungunsten der Mieter ausgeschaltet. Die Hausbesitzer laden ihre Verpflichtungen einfach den Mietern auf.

Die Mieter verlangen beim Eingehen des Mietvertrages oftmals selbst, daß einzelne Veränderungen, Ausbesserungen an der Wohnung vorgenommen werden sollen; sie wissen also, daß die Wohnung nicht „in gutem Zustande" ist, aber unterschrieben wird alles. Was sind die Folgen einer solchen Handlungsweise? Weigert sich später der Vermieter, die Wohnung in Stand zu setzen und es kommt zur Klage, so wird der Richter ohne lange Prüfung der Sache annehmen, daß das, was im Vertrage steht, richtig ist, nämlich, daß die Räume wirklich in gutem Zustande waren. — Schließlich wird dann noch vereinbart, daß bei vorzeitigem Auszuge des Mieters dieser die Wohnung besenrein mit den Schlüsseln abzugeben hat, auch wenn die Wohnung noch nicht vollständig geräumt ist.

Aus alledem ergibt sich die Forderung: Größte Vorsicht beim Vertragsschluß! Es gibt Hausbesitzer, die den Vertrag ohne Rechte ihren Mietern gar nicht vorlegen, sondern einfach einen Zettel unterschreiben lassen, in dem auch steht: „Im übrigen gelten die Bestimmungen des vom . . . . . herausgegebenen Mietvertrags". Auch dies ist rechtsgültig, ohne daß der Mieter eine Ahnung hat, welche Bedingungen beim Mietvertrage die Grundlage bilden.

Nach dem Gesetze kann der Vermieter den Vertrag kündigungslos aufheben, wenn der Mieter mit zwei Mietzahlungen im Rückstande ist. In fast allen Mietverträgen wird diese Bestimmung aufgehoben und das Recht vorzeitiger Vertragslösung tritt dann schon ein, wenn der Mieter mit einer Rate gewisse Zeit, meistens drei Tage, im Rückstande ist. Wird von diesem Rechte Gebrauch gemacht, so hat der Vermieter jedoch nicht das Recht, vom Mieter die sofortige Räumung der Wohnung zu verlangen, sondern er muß erst auf Räumung klagen und kann dann die letztere durch den Gerichtsvollzieher bewirken. Schließlich muß natürlich der Mieter die Kosten zahlen, aber er gewinnt dadurch immer noch Zeit, sich eine Wohnung zu suchen.

Gesundheitsgefährliche Wohnungen können sofort verlassen werden, auch wenn der Zustand schon vorher bekannt war. Dasselbe tritt ein, wenn ein beträchtlicher Mangel an der Wohnung besteht, so daß diese ihren Zweck nicht erfüllen kann. Die Frage, ob Ungeziefer einen solchen Mangel bilden kann, ist noch nicht gelöst. Deshalb heißt es hier, vorsichtig zu Werke gehen. Das beste ist, man gibt dem Vermieter auf, dem Schaden innerhalb einer angemessenen Frist abzuhelfen. Kommt er diesem Verlangen nicht nach, so vertilge man die Insekten selbst und ziehe die Kosten von der Miete ab. Voraussetzung ist dafür aber wieder, daß man sich nicht dieses Rechts durch Vertrag enthoben hat.

Der Erweiterungsbau des Hauptzollamtes an der Untertrave wurde gestern von den Mitgliedern der Bürgerschaft in Augenschein genommen. Die Räume sind äußerst einfach, aber geräumig, hell und luftig gehalten. Die Fertigstellung des Baues hat genau ein Jahr gedauert. Die Kosten betrugen 104 000 Mk. — Amtlich wird bekannt gemacht: Vom 29. d. Monats ab wird der Erweiterungsbau für das Lübeckische Hauptzollamt — Untertrave 54 — in Betrieb genommen. Wegen der in dem alten Hauptzollamtsgebäude — Untertrave 55 — in Anlaß des Anschlusses desselben an die Warmwasserheizungsanlage im Erweiterungsbau vorzunehmenden inneren Umbauten sind sämtliche Geschäftsstellen des Hauptzollamtes vom selben Zeitpunkt ab vorübergehend in dem Erweiterungsbau untergebracht. Ein am Eingang des Erweiterungsbaues angebrachter Wegweiser gibt über die Lage der einzelnen Geschäftsstellen nähere Auskunft.

Arbeiterrisiko. Einen bedauerlichen Unfall erlitt gestern abend gegen 6 Uhr der Hafenarbeiter Eckhorst dadurch, daß ihm beim Stückguttransportieren am Dampfer „Porthan" eine kleine schwere Kiste auf den Mittelfinger der linken Hand fiel, und ihm die Spitze desselben glatt abquetschte. E. mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Arbeiterrisiko. Auf den Lübecker Stanz- und Emaillierwerken von Thiel u. Söhne geriet gestern nachmittag der Arbeiter Schnell mit den Fingern in die Stanze, wodurch ihm das erste Glied des rechten Zeigefingers abgestanzt wurde. Schnell mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Darf ein Ehegatte die an den andern Teil gerichteten Briefe öffnen? Darüber sagt Landrichter a. D. Mumm im „Berliner Tageblatt": Nach dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches hat ein Ehegatte dem andern Ehegatten gegenüber eine solche Befugnis nicht. Aus der sittlichen Natur der Ehe ergibt sich zwar für jeden Ehegatten dem andern gegenüber die Pflicht zur Aufrichtigkeit. Allein, wenn auch jeder Ehegatte verlangen darf, daß ihm der andere alle für die Lebensgemeinschaft wichtigen Dinge mitteilt, so darf er die Mitteilung doch nicht durch Gewaltmaßregeln erzwingen, welche die persönliche Würde des anderen verletzen und das gegenseitige Vertrauen zerstören." Doppelt unstatthaft erscheint das Öffnen der an den einen Ehegatten gerichteten Briefe durch den andern, wenn jener ein Amt bekleidet oder einen Beruf ausübt, die ihm ein Schweigeverbot auferlegen. Um die Wahrung des Berufsgeheimnisses des Beamten, des Rechtsanwalts, der Ärztin, der Hebamme wäre es übel bestellt, wenn der andere Ehegatte die Briefe öffnen dürfte. Auch dem Ehemann kommt ein Brieföffnungsrecht nicht zu. Das Bürgerliche Gesetzbuch behandelt den Ehemann zwar als das Haupt der Ehe und räumt ihm in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten die Entscheidung ein, allein es verleiht ihm nicht eine eheherrliche Gewalt und gewährt ihm kein derartiges Übergewicht, daß er befugt erscheine, die für die Frau bestimmten Briefe zu erschließen. Die Frage, ob ein Ehegatte befugt sei, die Briefe des andern zu öffnen, ist also vom Standpunkt des geltenden Rechts aus zu verneinen.

Straßensperre. Die Roeckstraße wird auf der Strecke von der Paulstraße bis zur Arnimstraße vom Freitag, den 30. September ds. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von 4 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Für die 40. Jahresversammlung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung befindet sich am Sonnabend den 1. Oktober die Geschäftsstelle im „Hotel International" am Bahnhof, am Sonnabend abend von 7 Uhr an in der Stadthalle, ebenfalls auch am Sonntag. In der Geschäftsstelle kommen die Teilnehmerhefte und die Drucksachen zur Ausgabe, auch die angemeldeten Lübecker Herrschaften werden gebeten, dieselben in der Geschäftsstelle zu entnehmen. Anmeldungen zum Festessen werden spätestens am Sonnabend erbeten.

ph **Fahrraddiebstahl.** Aus dem unverschlossenen Keller eines an der Schwartauer Allee belegenen Hauses ist in der Zeit vom Montag, dem 26 d. Mts., abends 7 Uhr, bis Dienstag, dem 27. d. Mts., morgens 7 Uhr, ein Fahrrad, Marke „Blitz", mit schwarzem Rahmenbau, gerader Lenkstange, Korkgriffen und der vom Polizeiamte gelieferten Erkennungs-Nummer 11394 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Aus dem Hinterrade fehlen 2 oder 3 Speichen.

ph. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Königsberg i. Pr., der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Schönberg i. M. wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag gelangt die mit so großem Beifall aufgenommene gewaltige Tragödie „Gyges und sein Ring" von Friedrich Hebbel zur nochmaligen Aufführung. Am Sonnabend geht Richard Wagners große Oper „Tannhäuser" in Szene. — In Vorbereitung befindet sich Verdis große Oper „Aida", die Groteske „Der Herr Verteidiger" von Molnar und Halm sowie die Operette „Der Graf von Luxemburg" von Lehar.

---

e. **Stockelsdorf.** Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 27. September war gut besucht. Aufgenommen wurde ein Genosse. Es folgte der Bericht vom Gemeinderat. Die Einrichtung der 2. Klasse in der Schule zu Gr. Steinrade wird einen Kostenpunkt von 1500 Mk. verursachen; sie ist von der Schulkommission beantragt. Hierauf erfolgte die eingehende Berichterstattung von der Frauenkonferenz in Neumünster durch Genossin Käte Leu-Schwartau. Genossin Leu feuerte die anwesenden Genossinnen an, mit erneuten Kräften an die Arbeit zu gehen. Die Diskussion über den Bericht war eine sehr rege und gab viele agitatorische Anregungen. Unter Verschiedenem wurde noch die Bestürmung der hiesigen Einwohner durch die vielen bürgerlichen Zeitungen besprochen und allseitig betont, daß Arbeiter nicht auf diese Blätter abonnieren, sondern nur den „Volksboten" allein halten sollen. — Dorfschaftsversammlung. Am Donnerstag, dem 29. September, abends 7 Uhr, findet bei Rottgardt-Stockelsdorf eine Dorfschaftsversammlung statt. Es wird die Jahresrechnung für 1909 bekannt gegeben.

Eutin. Die Gemeinderatswahl. In der letzten Bürgervereinsversammlung nahm man ebenfalls Stellung zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen. Eine aus der Mitte der Versammlung gemachte Anregung „aus Gerechtigkeitsgefühl" Arbeiter-Vertreter mit auf die Liste zu nehmen, wurde unter Führung des Bureauvorstehers Krützfeldt niedergestimmt, jenes Herrn, der 1902 auf Krücken der Sozialdemokratie in den Gemeinderat hineinhumpelte und später einem Antrag an den Gemeinderat, Gemeindebürgern vor 3jähriger Seßhaftigkeit das Wahlrecht zu verleihen, entgegentrat, wenn auch ohne Erfolg. — Landtagsersatzwahl. Die Fortschrittspartei hat den Privatmann Leo Weiß als Landtagskandidat auserkoren. Seitens der Kasino-Leute (liaute volée) ist der Bürgermeister Mahlstedt in Vorschlag gebracht, da es wohl, nach Ansicht des Oberlehrers Harders, wichtiger ist, letzteren dahin zu schicken, da Herr Weiß jedenfalls nicht die Gewähr bietet, für einen die nächste Session des Landtages beschäftigenden Antrag: „Gehaltsaufbesserung der akademisch gebildeten Lehrer des Großherzogtums," einzutreten. Wir knüpfen hieran die Frage: Kann der Bürgermeister als Stadtoberhaupt so lange seinem Posten fernbleiben, ohne daß die Gemeinde Schaden leidet? Wenn man dem jedoch entgegenhält: Es ist doch ein stellvertretender Bürgermeister da, der dem Posten gewachsen ist, so scheint es uns, daß man dann den Posten überhaupt nicht besetzen solle. Hoffentlich sorgen die Genossen dafür, daß 1911 das Fürstentum durch 4 rote Hechte im Landtagskarpfenteich vertreten wird.

-r. **Reinfeld.** „Kein Hüsung! Wir teilten schon vor längerer Zeit mit, daß den sozialdemokratischen Vereinen die hiesigen Lokalitäten zur Abhaltung ihrer Versammlungen und Vergnügungen verschlossen sind. „Stadt Lübeck", das Lokal des Reinfelder Männerturnvereins, wird, wie ein kürzlich verteiltes Flugblatt bekannt gab, ausschließlich boykottiert. Die Abfassung dieser Boykotterklärung ist derart, daß Veranlassung zu einer Entschädigungsklage genommen werden könnte. Da „Stadt Lübeck" aber ständig mehr besucht wird, faßt man das ganze Gebaren als einen Schlag ins Wasser auf." Diese Zeilen verbricht der „Reinfelder Landbote" in seiner Dienstag-Nummer. Was den Besuch des in Frage kommenden Lokals anbelangt, so ist doch der beste Beweis des Gegenteils, daß Herr Ausborn, Besitzer von „Stadt Lübeck", keine Vergnügungen in seinem Lokal abhalten läßt. Einmal kann er keine Musik bekommen und andererseits läßt der Besuch ja sehr zu wünschen übrig. Ist es doch mehrfach vorgekommen, daß die Musik vor leeren Tischen und Stühlen ihre Weise ertönen ließ. Was aber den täglichen Besuch anbelangt, so wird der Männerturnverein, der ja zumeist aus Lehrlingen besteht, den Wirt wohl auch nicht reich machen. Was aber die Drohung mit der Klage anbelangt, so möchten wir Herrn Ausborn doch raten, ruhig zu klagen. Wir können ihm aber bereits heute einen glänzenden Reinfall prophezeien. Denn wenn der Herr Amtsanwalt, der sich ja sehr für die Sozialdemokratie interessiert, in dem Flugblatt hätte irgend einen Haken finden können, wäre schon längst Klage erhoben, im öffentlichen Interesse!" Aber leider! Aus dem ganzen Geschreibsel des „Landboten" kann man aber die Wut

heraus lesen, daß die Arbeiterschaft zwecks Eroberung eines Lokals fest zusammen hält. Nur so weiter, wir wollen einmal sehen, wer es am längsten aushält. Zum Schluß aber möchten wir darauf verweisen, daß es noch eine ganze Anzahl von Arbeitern gibt, die durch ihr Abonnement den „Landboten" unterstützen. Hier wäre es jetzt an der Zeit, daß sich jeder Arbeiter sagt: „Ein Blatt, welches die Arbeiterschaft derart verhöhnt, gehört nicht in die Arbeiterbewegung, sondern nur der „Lübecker Volksbote", welcher in wirtschaftlicher und politischer Beziehung die Interessen der Arbeiter vertritt.

Hamburg. Genosse Albert Röske gestorben. Gestern mittag wurde die Trauerkunde verbreitet, daß Genosse Albert Röske im Eppendorfer Krankenhause gestorben ist, wo er vor kurzem Aufnahme suchte, damit eine Operation ihm Hilfe bringe gegen ein Gallen- und Leberleiden, das ihn seit einer Reihe von Jahren quälte und ihn zuletzt wieder in Kopenhagen während des Kongresses, zu dem der dritte Hamburger Wahlkreis ihn entsandt, befiel und aufs Krankenlager warf. Am Sonntag wird unser Genosse in Ohlsdorf bestattet. Röske, am 1. Juli 1856 in Nörenberg in Pommern geboren, erlernte das Tischlerhandwerk und wurde zunächst in Kiel ansässig. Dort gehörte er unter dem Sozialistengesetz zu den Vertrauensleuten der Partei und hat selbstlos und aufopfernd an mancher schwierigen und gefährlichen Aktion sich beteiligt. Aber auch seiner Gewerkschaft widmete er gebührende Tätigkeit und trat bald in die vordersten Reihen. So kam es, daß er im Jahre 1889 nach Hamburg berufen wurde, um die Expedition der „Tischlerzeitung" zu übernehmen. Bis Ende 1893 arbeitete er auf diesem Posten; da trat eine neue Aufgabe an ihn heran. Genosse Pfannkuch mußte wegen anderweitiger Inanspruchnahme die Redaktion des Fachblatts des Holzarbeiter-Verbandes aufgeben, und am 1. Januar 1894 trat Röske an seine Stelle. Als später die Zeitung nach Stuttgart verlegt wurde, blieb Röske in Hamburg und übernahm den Posten eines Gauleiters des Verbandes. Schon wiederholt hatte er früher Gelegenheit zu zeigen, daß er der rechte Mann für dieses mitunter komplizierte Aufgaben stellendes Amt war, und in der Tat entwickelte er eine fruchtbare Tätigkeit im Interesse seiner Berufsgenossen. Daneben war er auch in der Partei tätig und vor vier Jahren wurde er zum Hamburger Parteisekretär gewählt, welchen Posten er aber nach einem Jahre aufgab, um die Redaktion des „Bauhilfsarbeiters" zu übernehmen. Seit einem Jahre war er auch Mitglied des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins für den dritten Hamburger Wahlkreis. Schon im Jahre 1904 war er in die Bürgerschaft gewählt worden, wo er verschiedentlich, besonders in speziellen Arbeiterfragen hervorgetreten ist. Jetzt hat ihn der Tod seiner vielseitigen Tätigkeit entrissen. Einen treuen Parteigenossen, einen eifrigen Gewerkschafter betrauern wir, der stets nach besten Kräften gekämpft und gearbeitet hat für die Sache des Proletariats. Ehre seinem Andenken!

Kiel. Der Kieler Magistrat und die Fleischnot. Vom Kieler Magistrat ist man schon gewöhnt, daß er bei allen Angelegenheiten jedes Maß von sozialem Verständnis vermissen läßt. Das zeigte sich auch in der gestrigen Stadtkollegiensitzung, in der über die Anträge betr. Maßnahmen gegen die Fleischnot verhandelt wurde. Von der sozialdemokratischen Fraktion war folgender Antrag gestellt:

Die städtischen Kollegien wollen beschließen:

1. a) Unverzüglich bei der Staatsregierung Schritte einzuleiten, daß die Grenzsperre, soweit die Stadt Kiel in Betracht kommt, für die Einführung von Schlachtvieh auf das für den notwendigen Seuchenschutz notwendige Maß herabgesetzt wird.

b) Bei der Staatsregierung die zeitweise Ermäßigung der Frachtsätze für Schlachtvieh zu beantragen.

2. Einen Antrag an den Vorstand des deutschen Städtetages, um Einberufung einer Tagung des Städtetages, die sich mit der Fleischnot beschäftigt, einzureichen.

3. Die Einsetzung einer Kommission, die zu untersuchen hat, wie die Volksernährung durch Hebung des Fischhandels gefördert werden kann, zu beschließen.

Auch von bürgerlicher Seite wurde der Magistrat in dieser Angelegenheit interpelliert. Für den Magistrat antwortete Bürgermeister Lindemann. Er erklärte, der Magistrat habe schon im April, als damals die Vieheinfuhr infolge der Tuberkulinimpfung stockte, eine Eingabe an den Bundesrat gemacht, in der um Erleichterung gebeten wird. Weil noch keine Antwort eingegangen sei, habe man den Minister des Innern und den Landwirtschaftsminister ersucht, diese Eingabe zu befürworten. Das sei alles, was der Magistrat tun könne. Dadurch sei auch Punkt 1 a des Antrages gegenstandslos geworden. Punkt 1 b (Herabsetzung der Frachtsätze) wolle er nicht zur Erörterung und Beschlußfassung zulassen, weil das eine Angelegenheit der Staatsregierung sei, die nach § 63 der schleswig-holsteinischen Städteordnung nicht erörtert werden dürfe. Den Antrag an den Vorstand des deutschen Städtetages bezeichnete Bürgermeister Lindemann als überflüssig und unzweckmäßig, weil ein Vorstandsmitglied des deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Beutler, schon erklärt habe, eine diesbezügliche Anregung zu geben. Wie dieser Herr Lindemann über die Fleischnot dachte, geht wohl am besten daraus hervor, daß er im Verlaufe der Debatte erklärte, er wolle sich auf eine weitere Erörterung nicht einlassen, weil noch wichtigere Punkte auf der Tagesordnung ständen, dabei waren besonders wichtige Vorlagen nicht mehr zu erledigen. Von unserer Seite sprach Genosse Adler. Er trat mit Schärfe dem Bürgermeister Lindemann entgegen. Auch der deutsche Städtetag erhielt sein Teil. Lediglich weil die Herren auf dem Städtetag ihre Pflicht nicht täten und die Leisetreterei seien schuld daran, daß der Städtetag nichts erreiche. Im Verlauf seiner Rede gab Genosse Adler auch noch sehr interessante Anregungen zur Hebung des Fischkonsums anläßlich der Fleischteuerung, die auch von bürgerlicher Seite anerkannt wurden. Nach langer Debatte kam man dann zur Abstimmung. Punkt 1a des sozialdemokratischen Antrages wurde von den Stadtverordneten einstimmig angenommen, aber vom Magistrat einstimmig abgelehnt. Er ist somit gefallen. Punkt 1b ließ der Bürgermeister nicht zur Beschlußfassung zu. Punkt 2 und 3 wurden von beiden Kollegien einstimmig angenommen. Der Kieler Magistrat hat also wieder seinen alten Ruf, als Rückschrittler zu gelten, treu bewahrt. — Ein Torpedoboot war bei Friedrichsort auf Grund geraten. Nachdem es glücklich abgebracht worden, ist es Dienstag abend in die Reichswerft eingeschleppt worden.

Tondern. Lebendig verbrannt ist die 5jährige Tochter des Landmanns Nissen auf Sprackebüllfeld. Das Kind, das mit zwei jüngeren Geschwistern allein im Hause war, kam dem Herd zu nahe, wobei die Kleider Feuer fingen. In ihrer Angst stürzte sie ins Freie, wodurch die Flammen nur noch mehr entfacht wurden. Sie war ihren Brandwunden erlegen, ehe Hilfe kommen konnte.

Güstrow. Vom Schwurgericht. Das Schwurgericht verurteilte den Deputatknecht Wilhelm Stüwe aus Nienhagen wegen Meineids, begangen am 20. Februar d. J. in einem Alimentenprozeß vor dem Amtsgericht zu Teterow, zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und zu den gesetzlichen Nebenstrafen.

Lübecker Marktpreise vom 28. Septbr.

Bauern-Butter Pfd. 1,25—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen 3.50 Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Hühner 1.60—2,00 Mk., Küken Stck. 1,00—1,60 Mk., Tauben Stück 0,55—0,60 Pf., Gänse Pfd. —,80 Mk., Fleckgans — Mk., Schinken Pfd. 1,20—1,25 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 7 Stück 60 Pfg. Heringe St. — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,40 Mk., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. —70 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 70—80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Am Montag, dem 26. d. M., entschlief nach langen schweren Leiden mein lieber Mann und meiner zwei Söhne guter Vater **Johann Blöß** im Alter von 53 Jahren, aufs tiefste betrauert von mir u. meinen Kindern.
Marie Blöß, geb. David.
Lübeck, Koppelstraße 9.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 30. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Trauerfeier 2¾ Uhr.

Verband d. baugewerbl. Hilfsarbeiter.
Zweigverein Lübeck.

Nachruf.
Am Montag, dem 26. d. M., starb unser Mitglied
Johann Blöß
im Alter von 53 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Sammelpunkt der Kollegen, die an der Beerdigung teilnehmen wollen, im „Weißen Hirsch" bei A. Posky, 2¼ Uhr.

Freundl. möbl. Zimmer mit sep. Eingang und heizbar zu vermieten Sadowastraße 14, I.

Gesucht eine Wohnung von einzelnen Leuten zum 1. Januar 1911 im Preise bis 200 Mk.
Off. u. **A D** an die Exp. d. Bl.

Arbeiterinnen gesucht.
August Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.
In unserem, Mitte Oktober d. J. fertig werdenden Neubau
in Schlutup,
sind zum 1. Januar 1911, eventuell eher, noch **5 Wohnungen** im Preise von 150 bis 180 Mk. zu vermieten.
Nähere Auskunft erteilt gern **Wilh. Schlatow, Schlutup,** Heinrichstraße 10.
Der Vorstand.

Zum 1. Oktober **eine Zweistubenwohnung** zu vermieten
David, Feldstraße 2.

Gesucht zum 1. Januar **eine Zweizimmerwohnung** im Preise bis zu 200 Mk., am liebsten vorm Holstentor. Off. u. **S 25** a. d. Exp.

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltener **Ausziehtisch.** Ang. mit Preisangabe u. **M B** an die Exp. d. Bl.

Weg. Platzm. f. neues Vertiko m. Spiegel, Bettst. ohne M. 5 Mk. u. gr. Palme m. Tisch billig zu verkaufen Fischergrube 54, I

Zu verkaufen 1 moderne Klavierlampe, Gipsfiguren, alte Portieren und 1 Hauskleid
Hansastraße 23, pt.

Billig zu verkaufen **ein eiserner Ofen und 2schläf. Bettstelle** mit Sprungfedermatratze
Friedenstraße 13.

Ein guterhaltener Kinderwagen zu verkaufen
Margaretenstraße 2a.

Guterh. gr. **Militärmantel und Extrarock** billig zu verkaufen
Langereihe 13.

Eine eiserne Treppe mit Plattform und 16 Stufen billig zu verkaufen Sadowastraße 23.

Eine fast neue **Trittnähmaschine** und eine **Plättpfanne** mit 4 Eisen zu verkaufen.
Hundestr. 80, Hinterhaus.

Mehrere Kommoden
billig zu verk. Obertrave 25 I.

Ein kl. schw. Hund zu verkaufen
Reiferstraße 10.

Zugeflogen eine **schwar-weiße Taube.** Abzuholen
Johannisstr. 66, Hinterh., 1. Etg. l.

3000 Mark als Hypothek zu 5 Proz. bis ¾ des gemeinen Wertes zu belegen. Angebote unter **Z St** an die Exped. d. Bl.

Familienfeier halber bleibt mein Geschäft am
Freitag, dem 30. September, von 11 Uhr an geschlossen.
August Maass, Heinrichstraße.

Empfehle meinen Rasier-, Frisier- und Haarschneidesalon.
Karl Kaehding, Kottwitzstr. 47.

Dr. Schlomer
verreist
am Sonnabend, d. 1. Oktober, mittags.

Paul Krüger,
Friseur.
Meierstraße 5.

Schneiderin
empfiehlt sich in und außer dem Hause. Geverdesstr. 54 II.

Unter alte emaill. Töpfe werden neue emaill. Böden gesetzt
Mengstraße 19.

Wie Pilze erscheinen Angebote in billigen Nähmaschinen und Fahrrädern. Lassen Sie sich dadurch nicht verblüffen, sondern kaufen Sie am Platze bei der anerkannt soliden Firma
Heinr. Körner
Große Burgstraße 15. Fernsprecher 1685.
Billigste Preise. — Weitgehendste Garantie. — Reelle Bedienung. — Auf Wunsch Teilzahlung.

Konkurs-Ausverkauf
der noch vorhandenen
Tabak- und Zigarren-Vorräte
des Herrn
Hans Sterly, Mühlenstr. 19.
Sämtliche Waren werden
20 Prozent unter Preis
abgegeben. Der Konkursverwalter **Grünau.**

Winter-Fahrplan.
Dampfschiffahrt: Lübeck (Holstenbrücke)—Schwartau (Waldhalle).
Fahrpreis: 10 Pfennig die Person.
Monate: **Oktober** und **März.**
Ab Holstenbrücke: 10.30 morgens, 1.30 3.00 5.00 nachm.
Ab Schwartau (Waldhalle): 11.15 morgens, 2.15 3.45 6.00 nachm.
Monate: **November, Dezember, Januar** und **Februar.**
Ab Holstenbrücke: 10.30 morgens, 1.30 3.00 4.45 nachm.
Ab Schwartau (Waldhalle): 11.15 morgens, 2.15 3.45 5.30 nachm.
Eis, Nebel u. Hochwasser entbinden von der Innehaltung dieses Fahrplans.
Geschäftsstelle: **Travenpavillon.** Fernspr. 336. **P. Iwan Wetterich.**

Ich habe noch einen kleinen Posten zurückgesetzter Waren billigst abzugeben, und zwar:
Rasiermesser Stck. 1 Mk. sonst 1.50 Mk.
Scheren „ 1 Mk. „ 2.00 „
Korkzieher Stck. 20 Pfg. sonst 40 Pfg.
Gabeln „ 10 „ „ 30 „
Oldorf, St. Petri 7.

Lederhandlung und Stepperei.
Sohlen-Ausschnitt in allen Größen.
Ed. Teuteberg, Untertrave 70.

Pr. **Nonnenäpfel** 10 Pfd. 1.20 Mk.
„ **Tranbäpfel** 10 „ 1.20 „
Senfgurken Pfd. 8 Pfg.
Rosenstraße 21.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Heute eingetroffen:
Zirka 1200 Pfund
Tilsiter Fettkäse
pikant, Pfd. 15, 20, 25, 30 u. 40 Pfg.
Johannes Müller.
Hartengrube 21.

Schlutup.
Wegen der öffentlichen Volksversammlung **am Sonnabend, dem 1. Oktober, fällt die Mitgliederversammlung des Arbeiter-Radfahrervereins aus.**
Der Vorstand.

Zentral-Verband Deutscher Brauerei- und Mühlenarbeiter
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, 1. Oktbr.,
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
(kl. Saal)
Tages-Ordnung:
1. Abrechnungen.
2. Regelung der Lokalkasse.
3. Botenwahl.
4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Beginn des Konzerts 8 Uhr. Anf. der Vorstellung 8¼ Uhr.
Letzter Tag.
Der Triumph der Londoner Saison.
Vier Tage aus dem Leben
Sherlock Holmes.
Neueste **Sherlock-Holmes**-Fortsetz. nach **Canon Doyle.**
1. Bild: **Dynamitattentat.** 2. Bild: **Das Vermächtnis des Hausierers.** 3. Bild: **Die Todesuhr.** 4. Bild: **Zur Strecke gebracht.**

Neues Stadttheater.
Freitag, 30. Septbr. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 13. Freitag-Ab. 3.
Gyges und sein Ring.
Tragödie von Friedr. Hebbel.
Sonnabend, 1. Oktober. 7½ Uhr.
Tannhäuser.
Große Oper von R. Wagner.
In Vorbereitung! Neu!
Der Herr Verteidiger.
Groteske von Molnar u. Hahn.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 228. Donnerstag, den 29. September 1910. 17. Jahrg.

Der rote Roosevelt.

Aus Neuyork wird uns geschrieben:

Keine Kampfesaufgabe der amerikanischen Sozialdemokratie ist brennender, als die der Überwindung der richterlichen Oligarchie, die mit ihren immer summarischer werdenden Einhaltsbefehlen gegen Streiks und Boykotts, wie mit der fast regelmäßigen Abschlachtung der kümmerlichen Anfänge einer sozialen Gesetzgebung in Amerika das stärkste Hindernis einer friedlichen politisch-sozialen Entwicklung der Union darstellt. Die amerikanischen Gerichte haben die Machtbefugnis usurpiert, den in irgend einem Gesetze des Bundes oder auch eines Einzelstaates ausgedrückten Willen des Volkes zunichte zu machen, indem sie das jeweilige Gesetz oder einzelne gesetzliche Bestimmungen für verfassungswidrig erklären. In letzter Instanz ruht dieses Recht natürlich beim Oberbundesgericht, das aus neun auf Lebenszeit ernannten Richtern besteht, die durch einfache Mehrheit entscheiden. Bis vor einigen Tagen konnten die Sozialisten in der Bekämpfung des durch und durch kapitalistisch verseuchten Richtertums nirgendwo Bundesgenossen finden. Die Leitung der „American Federation of Labor" hatte zwar den vorigen allgemeinen Wahlkampf unter dem strategischen Gesichtspunkt geführt, die bürgerlichen Parteien zu gewissen Einschränkungen der richterlichen Übermacht zu zwingen, aber der Versuch schlug elendiglich fehl. Die Demokraten, mit denen die Zentralverwaltung des Gewerkschaftsbundes schließlich zu einem Pakt gelangte, blieben nach wie vor in der Minderheit und hielten es nicht einmal als Minoritätspartei für nötig, sich im verflossenen 61. Kongreß für irgend eine Arbeiterforderung ins Zeug zu legen. Auch die radikalen Maulfechter vom republikanischen Insurgententum versagten in diesem Punkte vollständig. Die Sozialisten waren und blieben dieser bornierten und anmaßlichen Klassenjustiz gegenüber isoliert, bis dieser Tage Theodor Roosevelt nach Denver kam und das Staatsparlament Colorados mit einer beinahe revolutionären Rede erschreckte.

In seiner Rede zu Denver warnte Roosevelt davor, neben den Kompetenzgebieten der Staats- und der Bundeslegislatur noch „neutralen Boden" bestehen zu lassen, auf dem „die ganz reichen Leute" sich ungefährdet „gegen die Interessen des Gemeinwesens" versündigen können. Der Ex-Präsident führte hierfür „zwei konkrete Fälle" an, und beidemal hatte er die Kühnheit, das ehrwürdige Oberbundesgericht, zu dem jeder loyale Amerikaner fast mit religiöser Scheu aufblickt, als eine Gefahr für die Volksregierung zu kritisieren. In dem ersten der beiden Fälle handelte es sich um einen vom obersten Bundestribunal abgewürgten Prozeß gegen den diebischen Zuckertrust, der durch die Hintertür einer formalrechtlichen Finesse entschlüpfen durfte, und im zweiten, für uns wesentlich interessanteren Falle waren es die Neuyorker Bäckergesellen, denen die Oberbundesweisen im Jahre 1905 unter Anrufung der geheiligten Grundrechte des Bürgers den gesetzlichen Schutz gegen übermäßige Ausbeutung entzogen. Roosevelt sagte hierüber:

„In der Stadt Neuyork, wie in den meisten großen Städten, wird das Bäckereigewerbe vielfach unter unhygienischen Bedingungen geführt, Bedingungen, die mit der Wohlfahrt der Arbeiter und daher auch mit dem Wohle des Publikums unverträglich sind. Die gesetzgebende Körperschaft des Staates Neuyork nahm nun einen Gesetzentwurf an, der diese ungesunden Verhältnisse beseitigen sollte, und der Neuyorker Gouverneur unterzeichnete die Vorlage. Der Staat Neuyork war allein in der Lage, hier einzugreifen; die Bundesregierung war in dieser Sache vollkommen machtlos. Auf Grund genügender Information und im Interesse und auf Verlangen des Publikums unternahmen diejenigen autoritativen Stellen, die in dieser Angelegenheit überhaupt vorgehen konnten, die notwendig erscheinenden Schritte zur Abhilfe. Der Gouverneur und die gesetzgebende Körperschaft allein hatten die positive Befugnis, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. Aber das Oberbundesgericht besaß die negative Macht, die Beseitigung dieser Mißstände nicht zuzulassen, und unglücklicherweise übte es diese negative Macht auch aus. Mit fünf gegen vier Stimmen erklärte es das vom Staate Neuyork erlassene Gesetz für unkonstitutionell, weil kein Mensch der „Freiheit" beraubt werden dürfe, auch unter unhygienischen Zuständen zu arbeiten. Das Gericht selber war natürlich machtlos, den entferntesten Versuch zu machen, seinerseits für Abhilfe zu sorgen, obwohl das Unrecht unzweifelhaft bestand, und mit seiner Weigerung, ein Einschreiten des Staates zu gestatten, übertrug es auch der Bundesregierung keinerlei Recht, einzugreifen. Tatsächlich verurteilte es die einzige Körperschaft, die Macht hätte geltend machen können, zur Ohnmacht, sodaß die Entscheidung in diesem Falle, wenn auch nominell gegen die Rechte des Staates, doch in Wahrheit gegen die Rechte des Volkes gerichtet war, das die Regierung nach den demokratischen Prinzipien durch das Gesetz ausübt. Wenn Entscheidungen wie diese beiden die dauernde Stellung des Gerichts bezeichnen sollten, so würde ein ernster Grund zur Beunruhigung gegeben sein, denn solche Urteile müßten als Richtschnur für die Rechtsprechung das ganze System unserer Volksregierung umstürzen. Der Widerspruch dieser Urteile mit dem Tenor mancher anderen Entscheidungen, wie auch die Tatsache, daß sie sich in so flagranten und direkten Gegensatz zu dem Geist und den Bedürfnissen unserer Zeit stellen, überzeugt mich indessen, daß sie früher oder später, ausdrücklich oder implicite, aufgehoben werden."

Das empörte Echo, das diese Worte Roosevelts bei der ganzen amerikanischen Bürgerpresse erwecken, verstärkt nur die Bedeutung der Rede von Denver, wenn diese schließlich auch nichts weiter ist, als die kluge Ausnutzung einer immer deutlicher auftretenden Volksstimmung durch einen äußerst geschickten Demagogen.

Theodor Roosevelt strebt wieder nach der Macht. Er wird im Jahre 1912 zum dritten Male als Präsidentschaftskandidat auftreten. Der ganze Charakter seiner eben beendigten rekordbrechenden Rede-Reise läßt darüber kaum einen Zweifel. Die republikanische Partei und die gegenwärtige republikanische Administration hat er in allen seinen Reden ignoriert, nur daß er sich ein oder zweimal, als es nicht gut zu vermeiden war, zu leichten Verbeugungen vor der Person seines Nachfolgers herbeiließ, die aber Tafts beste Freunde nicht für eine „Indossierung" seiner Verwaltung ausgeben können. In Osawatomie, Kansas, proklamierte Roosevelt aber einen „neuen Nationalismus" und entwickelte ein Programm, das unmöglich zur Unterstützung Tafts als Präsidentschaftskandidaten bestimmt sein kann, denn dieser würde es so wenig unterschreiben, wie seines Vorgängers Anklage gegen das Oberbundesgericht. Nichts kann aber für die politische Situation in den Vereinigten Staaten bezeichnender sein, als wenn ein Roosevelt sein Rüstzeug im Wahlkampfe, die Parole gegen die Justizoligarchen und für gesetzlichen Arbeiterschutz, aus dem sozialistischen Arsenal stehlen muß! Wenn unsere Partei diese Situation taktisch und agitatorisch zu meistern versteht, muß im November der rote Weizen blühen.

Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Paris.

(Letzter Verhandlungstag.) Die Debatte über die Arbeitslosenversicherung wird fortgesetzt. Der erste Redner, Frau Black, Kopenhagen, schildert die günstigen Wirkungen der Arbeitslosenversicherung in Dänemark, die auf der staatlichen Subvention der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen beruht.

Umbreit-Berlin (Generalkommission): Die Freunde der obligatorischen Arbeitslosenversicherung dürfen nicht vergessen, daß gerade diese Versicherung der tätigen Selbsthilfe der Arbeiter bedarf und sich auf der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter aufbauen muß. Die Arbeitslosenversicherung ist mehr wie jede andere vom persönlichen Verhalten der Versicherten abhängig, und keine öffentliche Versicherung übt einen so weitgehenden Einfluß auf ihre Mitglieder aus, als die Gewerkschaften, und keine Arbeitslosenkontrolle ist so wirksam und wird so gerne ertragen als die ihrige. Alle vorurteilslosen Freunde der Arbeitslosenversicherung müssen daher die gewerkschaftliche Selbsthilfe fördern. Die deutsche Reichsregierung gehört leider nicht zu diesen vorurteilslosen Freunden. Sie hat in diese rein soziale Frage politische Gesichtspunkte hineingetragen. Sie will keine Arbeitslosenversicherung, wenn die Gewerkschaften deren Träger sind. Aber gerade in Deutschland mit seinen starken Gewerkschaften wäre eine ausgedehnte Versicherung am ehesten möglich. Redner hofft, daß die Konferenz übereinstimme in der Anerkennung des Genter Systems der öffentlichen Förderung der Gewerkschaftsversicherung. Redner weist dann noch die Auffassung Dr. Freunds zurück, daß Vergnügungssucht die Landflucht der Landarbeiter erkläre. Vielleicht suchen die Landarbeiter in den Kohlenrevieren solche Vergnügen. Vielmehr seien es die Rechtlosigkeit, der Mangel an Koalitionsrecht und die angesichts der Lebensmitteteuerung nur ungenügend gestiegenen Löhne, die die Abwanderung der Landarbeiter veranlassen.

Goldschmidt (Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein) meint, es sei vielleicht möglich, einen Weg zu finden, der die Heranziehung der Unternehmer zu Arbeitslosigkeitsbeiträgen gestattet, ohne die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu gefährden. Redner hebt hervor, daß die Rechtlosigkeit der Landarbeiter in Deutschland der wesentlichste Grund ihrer Landflucht sei.

Fischbeck, Stadtrat in Berlin, meint, daß die Gemeinde überhaupt nicht das geeignete Organ für diese Versicherung sei. Das Genter System dränge die Frage auf das Gebiet der Wohltätigkeit. — Dr. Flesch-Frankfurt glaubt, daß trotz der schlechten Erfahrungen der obligatorischen Arbeitslosenversicherung die Zukunft doch dieser gehöre. Redner glaubt, daß diese Versicherung am besten auf der Basis der Arbeitsnachweise aufgebaut werde. — Dr. Most-Düsseldorf ist Gegner der Gewerkschaften und des Genter Systems. Solange die Gewerkschaften einen politischen Einschlag haben, und als Feinde der Gesellschaftsordnung auftreten, so lange sei an deren Subvention nicht zu denken. Redner plädiert für die obligatorische Versicherung, die keineswegs so tot sei, wie es die Gegner hinstellen. Die Städte Magdeburg und Düsseldorf, sowie der Städtetag von Sachsen-Anhalt hätten sich für dieses System ausgesprochen. Dr. Fuchs-Köln schildert die Kölner Arbeitslosenkasse, die zu einer Art Rückversicherung für die Gewerkschaften ausgestaltet werden soll. — Dr. Bathke-Charlottenburg polemisiert scharf gegen Fischbeck und Most und verteidigt unter lebhaftem Beifall das Genter System, das nicht die Förderung der Gewerkschaften, wohl aber die Selbsthilfe der Arbeiter bezwecke. — Nach einigen Rednern wird die Debatte geschlossen.

Saat und Ernte.

Eine Landgeschichte von Walter Treumund.

(Nachdruck verboten.)

„Nee, Burmeister, dat helpt alltosamen nich! Rinn möt de Raps! Kort achter Abend, gegen nägen rüm, kümmt uns dat schönste Gewitter öwern Nacken, un de ganze Raps is perdü! Un dor wull'n Se streiken? Hett Se de Sozi ok all rot anfarwt, de hier anfängt, de Gegend unsicher to maken? Wat?! Also, wie geseggt: rinn möt de Raps un rinn kümmt he? Un dormit basta!"

Inspektor Düwels Gesicht war ordentlich rot geworden vor Erregtheit, aber Statthalter Burmeister, ob er zwar, wie immer, äußerst unterwürfig an der Tür stand, wußte doch, daß der Inspektor quasi von der Unmöglichkeit der Ausführung seines Befehles überzeugt war, eben weil er sonst nicht so viele Worte gemacht hätte. Gewöhnlich gab er nämlich nur kurze, knappe Orders mit herrischem Ton. Inspektor Düwel war zur Zeit, da er das Gut Donnerstorf des Kammerherrn von Greifenklau administrierte — 1877 bis 1889 —, völlig allmächtig, weil er wie nie ein Inspektor zuvor einen ungeheuren Gewinnertrag aus Menschen und Tieren herauszuwirtschaften verstand und somit dem Besitzer das luxuriöseste Leben ermöglichte. Dabei schlug er in diesen zwölf Jahren für seine Privatschatulle noch so viel heraus, daß er sich hernach selber ein Gut kaufte und die bedeutende Anzahlung gänzlich aus eigenen Mitteln bestritt.

In schlauer Anpassung an die augenblicklichen Stimmungsverhältnisse wagte Burmeister denn auch zu erwidern:

„De Herr Inspekter weet bäter as ick, dat ick twee för dree arbeiten laat. Ower mit de Raps — dat kann un kann dit Mal nix nich warden. Ahn Satanshülp nich, Herr Inspekter."

„Ach Burmeister, Se räden twee lang, twee breet! Dor driwen S' ornlich an! Un wenn de Lüd dreeviertel mödsünd, kam ick to Pierd hen. Se weeten doch: en goden Andriwer is bäter as tein Arbeiter!"

Burmeister hielt es jetzt doch für geraten, einzulenken:

„Ja, Herr Inspekter, ick will't versöken — ower . . . öwer'n Pott Brannwien . . ."

Der Inspektor lachte: „Twee Pott, Burmeister, twee Pott! Dor sallt denn ens nich an ligg'n. Wenn't ahn Satanshülp nich geht, war't mit schier Gottswurd woll gahn."

Burmeister richtete sich mit dem ganzen Stolz seiner Statthalterwürde auf:

„Verlaten's sick ganz upp mi, Herr Inspekter! Wat makt warden kann, ward makt. Un wenn de Klock Mirrnacht ward!"

Damit ging Burmeister aus der Tür. Der Inspektor sah ihm leicht nickend und leise pfeifend nach. Plötzlich eilte er ans Fenster und rief ihn zurück.

„Wat ick noch seggen wull — de . . de Sozialdemokrat is so woll in Klingsdörp wäst. Wieren von uns' dor weck hen?"

Ob Burmeister nicht mußte, daß Hans Hinnerk Marten zu der Versammlung gewesen war? Oder ob er Hans Hinnerk, den jeder gern hatte wegen seiner unbedingten Hilfsbereitschaft, nicht verraten wollte? Jedenfalls erklärte er ruhig:

„Nee. Dat wier ok woll'n bäten wiet wäßt."

Dem Inspektor leuchtete das ein. Nach Klingsdorf war es annähernd zwei Stunden Wegs.

„Hm. Ower nächsten Sünndag kümmt he jo woll na'n Kroog in Waldeck. Gahn dor von uns' weck henn?"

Burmeister wiegte nachdenklich mit dem Kopfe und meinte langsam:

„Uns' sünd sicher! Vör de heww ick keen Bang' nich. Man blot de Berliner Haafjunge . . ."

„Ja", unterbrach ihn schimpfend der Inspektor, de Banditen setten uns' Daglöhners ok all Flöh in't Uhr. De vier Knechte von hüt morgen hebbens ok upp'n Gewissen. Is en gottverdammte Bann! Un denn an'n Sünndag! Dat man se nich fastholln kann upp'n Felln! An jeden annern Dag wull ick ehr woll bi Versammlung! Na, Burmeister: dat Se mi genau berichten, wer henngeht!"

Burmeister beteuerte das selbstverständlich und empfahl sich, innerlich froh, daß es ihm wieder gelungen war, den ihm wegen ihrer Überlegenheit verhaßten Berliner Hofgängern ein[illegible] zuwischen.

[illegible]spektor Düwel setzte sich ingrimmig an seinen Schreibtisch, rechnete und fluchte über die Fliegen, die sein in der drückenden Mittagshitze der Julimitte schwitzendes Haupt mit besonderer Beharrlichkeit beflogen. Es war um die Stunde, da alle diejenigen, welche etwas auf dem Herzen hatten, auf seine Stube kamen. Draußen ließ er sich von den Leuten ein für allemal nicht anreden.

Als erster kam diesmal der Milchpächter, Holländer Rövenstahl. Der klagte, daß trotz der ausdrücklichen Klausel im Kontrakt die Wruckenblätter als Kuhfutter verwendet seien. Die Folge davon sei minderwertige und bittere Butter gewesen. Er wolle sich doch nicht ruinieren lassen. . . .

Inspektor Düwel wollte sich aufs Streiten verlegen, bot dem Holländer eine Zigarre an, indessen es verfing alles nichts. Rövenstahl bestand auf Einhaltung des Kontrakts, andernfalls er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen könne. Erst als der Inspektor sein festes Versprechen für die Zukunft und eine kleine Preisermäßigung für die Vergangenheit gewährte, verließ ihn der unbequeme Gast.

„Verdammter Buttermilchapotheker" brummte der Inspektor hinter ihm her. „Hilft aber nichts — so viele Wruckenblätter dürfen wir nicht wieder futtern! Vorläufig wenigstens nicht. . . ."

Tagelöhner Wilken kam hastig herein:

„Herr Inspekter, dat holl ick nich mihr ut! De Herr Inspekter möt mi anner Arbeit gäben!"

„Woso Wilken?"

„De Herr Inspekter straft mi, un dat is gegen dat Gesetz, wenn ick dor hinnen an'n Schosseeweg ganz alleen graben möt, Dag för Dag, un jeder, de dor vörbikümmt, hett sienen Schimp mit mi!"

Der Inspektor, der seine Kollegen von den Nachbargütern und sonstigen Freunde absichtlich aufgefordert hatte, Wilken nach Möglichkeit eifrig zur Rede zu stellen, warum er dort so allein beschäftigt werde, tat ganz harmlos:

„I bewohre, Wilken! So möt he dat nich upfaten. Dat sall keen Straf sien! Bewohre! Aber ick wull mal „Spatenkultur" inführn — versteht he, wat dat is?"

„Ne!"

„Na ja! Also ick wull mal „Spatenkultur" inführn, un wiel he un sien Wiew körtens gegen mi so upsternatsch wieren un dordörch de annern blot uphetzen, so dacht ick, dat he Sehnsucht harr, mal ens ganz alleen to arbeiten. Straf is dat nich . . .!"

Wilken jammerte: „Wenn de Herr Inspekter mi nich vun dat Flag wegnimmt, häng'k mi up!"

„Dat is sien Sak!" entgegnete ihm der Inspektor kalt.

Wilken schrie, und seine Stimme schlug in ein wütendes Halbweinen um:

An letzter Stelle wird über die Schaffung einer Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Einsetzung eines ständigen Ausschusses beraten. Die vorgelegten Statuten sind vom Komitee einstimmig genehmigt. Die Vereinigung erstrebt die Schaffung eines ständigen internationalen Sekretariats, Veranstaltung periodischer internationaler Versammlungen, Untersuchungen und gegenseitige Auskunftserteilung, Veröffentlichung von Studien sowie eines Bulletins und Schritte zur Schaffung vergleichbarer Statistiken, sowie von Abkommen und Verträgen über die Arbeitslosenfrage. Die nationalen Sektionen sollen autonom sein, doch ist auch der Anschluß an die Vereinigung ohne Beitritt zur Landessektion gestattet. Der Statutenentwurf wird mit einigen Ergänzungen angenommen.

In der Schlußrede feiert Leon Bourgeois die Arbeiten der Konferenz, deren Ergebnisse er dahin zusammenfaßt, wie man auch vorgehen möge, ob wissenschaftlich oder praktisch, man die Arbeitslosenfrage nur lösen könne auf beruflicher Grundlage, und besonders die Arbeitslosenversicherung nur auf der Grundlage der Berufsorganisationen der Arbeiter aufgebaut werden kann.

Nach Wahl des Internationalen Komitees wird der Kongreß geschlossen.

Aus der Partei.

Zum Parteitagsbericht schreibt uns Genosse Bebel: In meiner ersten Rede auf dem Parteitag zur Budgetfrage hatte ich scharf getadelt, daß unser Parteiorgan „Pforzheimer Freie Presse", als es die Namen der vier Bremer Delegierten veröffentlichte, den Namen des Genossen Pannekoek in denunziatorischer Absicht fett drucke. Die Redaktion des genannten Parteiblattes teilt mir jetzt mit, daß sie an diesem Vorgang unschuldig sei. Die Pforzheimer „Freie Presse" sei ein Kopfblatt des „Karlsruher Volksfreunds", dessen erste 3–4 Seiten unverändert in den Text der Pforzheimer „Freien Presse" aufgenommen würden. Die Redaktion müsse dadurch manches in ihr Blatt aufnehmen lassen, das sie nicht billige.

Zwölfhundert Mark Geldstrafe gegen ein sozialdemokratisches Blatt. Am 4. Juli um 11 Uhr nachts begab sich der Pfarrer Gruber in Wiesbaden in das ihm gehörige Gesellenhaus in der Dotzheimerstraße und kassierte bei einem im Parterre wohnenden 37 Jahre alten Fräulein die Miete ein. Ein Pensionär des Fräuleins kam hinzu, und es kam, da der Pensionär stark angetrunken war, zu erregten Auseinandersetzungen. Weil die Tür unten verschlossen war, mußte der Pfarrer durchs Fenster das Haus verlassen. In ihrer Nummer vom 13. Juli berichtet nun die Frankfurter „Volksstimme" unter der Spitzmarke „Der Pfarrer auf der Flucht" über diese Angelegenheit und ließ in der Form von rhetorischen Fragen durchblicken, daß der Streit aus Eifersucht entstanden sei und daß der Pfarrer zu der Dame in näheren Beziehungen stehe. Der Rechtsbeistand des Geistlichen schickte daraufhin eine Berichtigung. Die „Volksstimme" druckte diese am 15. Juli wortgetreu ab und bemerkte dazu, daß man durch die neue Sachdarstellung von dem Vorgang ein ganz anderes Bild gewinne, daß man dem Pfarrer aus seinem nächtlichen Besuche keinen Vorwurf machen könne und daß die in ihrem Berichte aufgeworfenen Fragen nunmehr gegenstandslos geworden seien. Auf Wunsch seiner vorgesetzten Behörde stellte jedoch der Pfarrer Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Wilhelm Zander, der infolgedessen wegen Preßbeleidigung vor Gericht stand. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis; das Gericht erkannte auf 1200 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Tenors in der „Rheinischen Volkszeitung" und in der „Volksstimme". Das Gericht schwankte lange, ob es nicht auf eine Freiheitsstrafe erkennen sollte, sah aber schließlich davon ab, da die Zeitung sofort eine Berichtigung gebracht hat und die Situation tatsächlich leicht ein Mißverständnis zuließ, wenn auch nach dem eidlichen Zeugnis des Pfarrers der Vorgang sich durchaus einwandfrei abgespielt hat.

Die Leistungen der neuen Verwaltung von Milwaukee. Im „Soz. Dem. Herald" gibt C. D. Thompson eine Übersicht über die Reformen, die die neue sozialdemokratische Verwaltung der Stadt Milwaukee bisher durchgesetzt hat. Alle Einkäufe für die Stadt werden fortan besorgt durch ein Einkaufsamt unter fachmännischer Leitung. Mit einem Aufwandt von 5000 Dollar wurde ein wissenschaftliches Kostenberechnungssystem des gesamten Bedarfs eingeführt. Schon in den beiden ersten Wochen wurden dadurch über 1000 Dollar gespart. Mangelhafte Straßenbauarbeit wurde abgestellt durch Entlassung schuldiger Aufseher. Das private Kontraktsystem bei öffentlichen Arbeiten wurde durch städtische Regie ersetzt. Auf jeder städtischen Drucksache, einschließlich der Schuldverschreibungen, steht die Gewerkschafts-Kontrollmarke. Ermunterung der Gewerkschaften. Organisation der Arbeiterinnen der Brauereien, starke Zunahme der Verbände der Bauarbeiter und der städtischen Angestellten. Urlaub von 24 Stunden alle vierzehn Tage für Polizisten. Vorkehrungen für Errichtung von Arbeiterwohnungen durch Aufstellung eines umfassenden Stadtbauplans. Vorkehrungen zur Schaffung eines umfassenden kommunalen Straßenbahnsystems. Konzessionierung einer neuen Straßenbahnlinie unter Sicherstellung des städtischen Eigentums an den Straßenbahnen — der erste Fall derart in Amerika, ohne einen Pfennig Kosten. In den ersten zehn Tagen nach der Wahl erhöhte die Straßenbahngesellschaft freiwillig die Löhne um monatlich 8 bis 10 Dollar. Erhöhung der Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen der Buchbinderei und die Angestellten der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle. Schaffung eines städtischen Gesundheitsamts und Sicherung gesundheitsgemäßer Arbeitsbedingungen wenigstens in den Fabriken. Neue Politik im Verkehr mit den Aktiengesellschaften. Die Gemeinde setzt die Steuern an und läßt jene sich dazu äußern, statt daß bisher sie selbst die Steuern ansetzten. Einleitung einer Klage gegen die Omnibusgesellschaft auf Nachzahlung nichtbezahlter Abgaben für zehn Jahre in Höhe von 72 000 Dollar. Ein erstes obsiegendes Urteil ist erzielt. Jährliche Ersparnis von 1200 Dollar durch Einziehung eines überflüssigen Postens auf der Stadtschreiberei. — „Naturgemäß sind viele dieser Dinge erst im Beginn. Viele werden Jahre zu ihrer Vollendung erfordern. Sie bezeichnen indessen die Richtlinien für die Tätigkeit der sozialistischen Verwaltung. Diese und andere Aufgaben werden erfüllt werden, soweit die Mittel der Stadt und die gesetzlichen Beschränkungen es zulassen." Jedenfalls für eine Arbeit von vier Monaten nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft keine üblen Leistungen der „Umsturzpartei".

Die Straßenkrawalle in Moabit.

Dienstag abend haben wieder umfangreiche Unruhen in Moabit stattgefunden. Schon mit Eintritt der Dunkelheit sammelten sich wieder größere Massen an, die zum größten Teil aus Neugierigen bestanden. Nach Mitteilungen unseres Berichterstatters verhielt sich das Publikum ganz ruhig, nur einige Burschen im jugendlichen Alter pfiffen und gröhlten aus Übermut. Ohne ersichtlichen Grund zog die Polizei blank und stürmte auf die ruhig dastehende Menge ein. Die Massen stoben auseinander, die Polizei hinterher; sie schlug wahllos auf fliehende Frauen und Männer ein. Auch der „Vorwärts"-Berichterstatter bekam einen Hieb über den Kopf, so daß er sich in der Unfallstation verbinden lassen mußte. Von diesem ersten Zusammenstoß ab steigerten sich die Krawalle. Es waren an 600 Schutzleute zur Stelle, die zeitweilig, wie um sich zu beschäftigen, Attacken gegen die immer wieder zusammenströmenden Massen unternahmen. Später wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Ein bürgerliches Blatt meldet, daß 4–500 Schüsse von der Polizei abgegeben worden sind. In der Rostockerstraße kam es nachts gegen 12 Uhr zu einem förmlichen Feuergefecht. Die Schutzleute stürmten wie wütend auf das Publikum ein, daraufhin wurden von den Fenstern verschiedene Gegenstände nach den Schutzleuten geworfen, was die Schutzleute auf Kommando des Polizeipräsidenten von Jagow dahin beantworteten, daß sie nach den Fenstern feuerten. Gegen morgen trat Ruhe ein.

Bürgerliche Blätter bestätigen, daß sich das eigentliche Arbeiterpublikum im wesentlichen von den Krawallen ferngehalten hat, und daß die Polizei außerordentlich provozierend auftrat und insbesondere auch gegen wehrlose Frauen äußerst brutal vorging. Nach polizeilicher Meldung sind etwa 90 Personen verletzt, darunter 13 schwer, ein Arbeiter Wegener sehr schwer. Zwei Schutzleute sind verletzt, der eine durch Steinwurf, der andere durch Sturz auf das Pflaster. Nach dem Polizeibericht sind 43 Verhaftungen vorgekommen.

Das Straßenbild hat Mittwoch dasselbe Ansehen wie tags vorher. Hier und da sieht man die Spuren der nächtlichen Kämpfe. Die Situation scheint sich zu verschärfen, denn bisher kam es am Tage noch nicht zu Kämpfen; das geschah aber am Mittwoch früh. Gegen die um 7 Uhr aus Nachtschicht kommenden Arbeiter der Firma Ludwig Löwe stürmte eine aufziehende Polizeiwache an. Die Arbeiter des Stadtteils Moabit müssen befürchten, daß sie, wenn sie ihre Behausung verlassen, um sich zur Arbeitsstätte zu begeben, von der Polizei attackiert werden. Mittwoch früh passierte ein Arbeiter die Schutzmannskette mit einem an seinem Rocke angehefteten Zettel, auf dem sein Arbeitgeber bescheinigt hatte, daß er sich zur Arbeit begebe.

Die Polizei hat Mittwoch abend angeordnet, daß sämtliche Lokale und Geschäfte des Stadtteils Moabit von 5 Uhr abends an geschlossen werden müssen.

Über die Vorgänge in Moabit wird aus dem Polizeipräsidium berichtet, daß Mittwoch vormittag Konferenzen über die zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden haben. Es sollen für Mittwochnacht noch schärfere Maßregeln getroffen werden als bisher. Es werde mit aller Macht an einer Niederkämpfung des Aufruhrs gearbeitet werden. Auf den Polizeipräsidenten Jagow selbst ist offenbar die folgende Äußerung aus Polizeimund zurückzuführen: „Es ist eine bitterernste Sache, eine kleine Revolution. Wer sich gegen die Gesetze vergeht, riskiert sein Leben. An die Proklamierung des Belagerungszustandes wird nicht gedacht. Es liegt auch heute noch keine Veranlassung vor, Militär heranzuziehen."

Weiter wird mitgeteilt, daß die Polizei Dienstag 163 Schüsse abgefeuert habe. Die Schüsse aus der Menge sollen sich auf das Fünffache belaufen. Wie andererseits berichtet wird, soll der Polizeipräsident beabsichtigen, eine öffentliche Warnung zu erlassen.

Jetzt fahndet nun auch die Staatsanwalt strengstens auf die an Krawallen Beteiligten. Die Polizei verlangte von einer Unfallstation die Namen derjenigen Personen, denen dort ärztliche Hilfe geleistet worden ist. Die Ärzte der Station verweigerten unter Berufung auf § 300 Str.-G.-B. (Wahrnehmung des ärztlichen Berufsgeheimnisses) die Angaben dieser Namen. Darauf erschienen Kriminalbeamte und beschlagnahmten unter Vorlegung einer Verfügung des Oberstaatsanwalts die Bücher der Station. Der Protest der Ärzte unter Berufung auf ihr ärztliches Berufsgeheimnis blieb fruchtlos.

Wie verlautet, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, gegen die Personen Anklage wegen Aufruhrs zu erheben.

Nachdem Herr Magistratsrat Schulz als Leiter des Berliner Gewerbegerichts vergeblich seine Vermittelung angeboten hatte, hat jetzt der Verband der Kohlengroßhändler erklärt, daß der Verband jede Vermittelung ablehne; es soll unter Ausschaltung des Transportarbeiterverbandes nur mit den Arbeitern verhandelt werden; bei den Verhandlungen mit den Streikenden könnte es sich nur um eine Lohnerhöhung ab 1. April nächsten Jahres handeln.

Die Hetze der Scharfmacherblätter setzt jetzt in verstärktem Maße ein. Von einem Restaurant, in dem viele Anarchisten und ein Teil der organisierten Metallarbeiter verkehren und das ein Hauptquartier der Exzedenten sein soll, wissen diese Skribifaxe zu berichten. Von dort sollen die Führer des Transportarbeiterverbandes die ganzen Ausschreitungen leiten und — Signale (!!!) geben. Die vielen Schußwaffen, die im Besitze der Exzedenten sich befinden, sollen von der letzten Wahlrechtsdemonstration herrühren; zu der Zeit sei ein besonders starker Absatz von Revolvern von den Waffenhändlern beobachtet worden.

Die „Deutsche Tageszeitung" weiß endlich zu berichten — und sie bringt diesen Bericht auffallend in Sperrschrift — daß die am Mittwoch früh verhafteten 12 Arbeiter Mitglieder der Loeweschen Krankenkasse (!!!) sind und dem Metallarbeiterverbande angehören. Die letztere Denunziation, daß die Arbeiter dem Metallarbeiterverbande angehören, läßt natürlich keinerlei Schlußfolgerungen zu. Die Arbeiter der Firma Loewe sind zahlreich organisiert im Metallarbeiterverbande, und da, wie wir schon berichteten, Mittwoch früh die aus der Nachtschicht kommenden Loeweschen Arbeiter von der Polizei attackiert wurden, so ist es schon möglich, daß die Verhafteten dem Metallarbeiterverbande angehören.

Die Spukgeschichte mit den vielen zur Zeit der Wahlrechtsdemonstration verkauften Revolvern richtet sich von selbst. Dagegen kann nicht bestritten werden, daß die Streikleitung ihren Sitz in einem Lokal in Moabit hat, was bei Streiks ja stets geschieht. Dieses Streikkomitee nimmt, wie solche Streikkomitees stets bei Streiks, alltäglich in der Frühe die Kontrolle der Ausständigen vor. Dort werden, wie wir aus eigener Anschauung wissen, die Streikenden stets zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt.

Strolche und Sozialdemokraten nennt der „Reichsbote" anläßlich der Moabiter Krawalle die Exzedenten in einem Atemzuge. Er fragt, was geschehen soll. Die Moabiter Bürgerschaft wüßte darauf nur eine Antwort:

„Wenn de Herr Inspekter mi ken anner Arbeit anwiest, passiert en Mallür!"

„Will he un sien Wiew Affbidd dohn?"

„Ick . . . ja! Ower se dehr't nich!"

„Dat is sien Sak!"

„De Herr Inspekter hett mi mörkregen — ick möt mien Fru mörkriegen, un wenn'ks an de Hoor herrecken sall —"

„Is all sien Sak, Wilken!"

Wilken stürmte ab. Inspektor Düwel lachte hämisch in sich hinein: „Ick will Juch de Mucken woll utdriewen! Gegenreden hebben?! — ümer bäter!!"

Witwe Pundt trat ein. Stumm stand sie mit gefalteten Händen dort. Der Inspektor herrschte sie an:

„Is se all wedder hier? Ward nix von! Se möt vernünftig sien un Insicht hebben! is keen Hüsung fri!"

Mit kindlichem Flehen bat die Frau:

„Herr, Marieken kann jo to uns in den'n Katen trecken. Lat de Herr ehr un minen Korl doch frigen!"

„Dat hemw ick ens hatt! Swieggermudder und Swiegerdochter verdrägen sick nich."

„Herr, Marieken is son'n gode Diern, so verträglich —"

„Un so sanftmödig" fiel ihr der Inspektor ins Wort. „Jawoll! Denn Rummel kennen wi! Kort un god: se töben, bit Hüsung fri is!"

Leise in ihre Schürze hineinweinend, schlich die alte Frau fort. — Der Inspektor sah zur Uhr. Falten der Ungeduld legten sich auf seine Stirn, die sich aber sofort glättete, als es schüchtern an die Tür klopfte. Im lauten Kommandoton rief der Inspektor: „Herein!" Ein etwa sechzehnjähriges, liebreizendes Mädchen stand in frischester Landgesundheit auf der Schwelle. Der Inspektor stand auf, ging ihr entgegen und machte die Tür hinter ihr zu.

„Na, Anning büst Du dor?"

Anning Däbeler nickt verlegen und sieht zur Erde. Wohlgefällig streifen die Augen des Inspektors langsam ihre Gestalt ab. Plötzlich faßt sich das Mädchen ein Herz und sieht zu ihm auf. Da wendet er ganz kurz seinen Blick und ordnet geschäftsmäßig an:

„Anning, Du gehst hüt nahmiddag nah de Bandelsbohner Dammenschonung, nah'n Moosharken. Dat möt 'n bäten exakt makt warden, dorüm schick ick Di dorhen. Ick kam ok noch mal längs, Anning!"

Still, ohne ein Wort zu sagen, geht das Mädchen ab.

Der Inspektor vertieft sich in eine Abrechnung. . .

Alsbald erschien der Kammerdiener des Kammerherrn und fragte, ob der Herr Inspektor Wünsche habe.

„Ja, Johann, wollen Sie vorläufig diese Rechnung Herrn Kammerherrn bringen."

„Jawohl, Herr Inspektor."

Mit dem Kammerdiener verkehrte der Inspektor immer in ausgesuchter Höflichkeit. Er wußte, daß schon mancher Inspektor über einen Kammerlakai gestolpert ist. Und wenn seine Macht auf Donnerstorf auch unbeschränkt war — er wollte selbst die geringste Ohreinträufelung vermeiden. . .

Hurtig im Verhältnis zu ihrer Pummeligkeit, ohne anzuklopfen, floß die Wirtschafterin, Mamsell Tack, ins Zimmer.

„Wollte Sie bloß noch mal sehen, Herr Düwel."

„Na — und? Neues??"

„Ja. Hans Hinnerk Marten soll nach den Sozinalsozikraten seinen Vortrag nach Klingsdorf gewesen sein." Beinahe hätte sie sich die Zunge abgebissen — so wichtig hatte sie es.

Der Inspektor war wie angedonnert und machte ein dummes Gesicht. Erst nach und nach und sehr allmählich löste es sich wieder bei ihm:

„Hans . . Hinnerk . . Marten?! Hans Hinn — wie?! Nicht wahr!! Herrr des Himmels — ist denn der Bengel des Deuwels? Na, warte, Du Racker! Dich wollen wir mal auf Trense und Kandare reiten! Die alten Dormanns sehen ihr goldenes Kalb in dem Jungen; er hat zuviel Willen." Und nun kniff er die Augen halb zu und knirschte durch die Zähne: „Die sollen es gut haben!"

Mamsell Tack war ganz erstaunt. Sie hatte nur alter Gewohnheit gemäß den neuesten Klatsch hinterbringen wollen, und nun schien sie doch tiefer getroffen zu haben. Schnell einigte sie sich mit sich, um die Beleidigte zu kokettieren:

„Aber Herr Inspektor, ist Ihnen der dämliche Junge so viel wert, daß Sie mich darüber heute mittag ganz vergessen?"

Der Inspektor hörte nicht oder wollte nicht hören und philosophierte etwas ruhiger fort:

„Noch ist das Eisen warm, noch ist's Zeit! Gerade der — dieser Goldbursche, dieser beste Arbeiter! Geht da trotz schwerer Arbeit zwei Stunden über Land und zurück, bloß um den verfluchten Sozi. In dem Bengel steckt etwas — —"

„Herr Inspektor Düwel!" fiel Mamsell Tack mit merklicher Betonung in seine Rede. Sie spielte nicht mehr die Gekränkte, sie war jetzt wirklich gekränkt; zumal darüber, daß ihre weibliche Anziehungskraft nicht mehr bedingungslos Oberwasser gewinnen zu können schien. Daß der Inspektor sie beiläufig mit Anning Däbeler verglich, ahnte sie nicht . . .

„Ja so", markierte Düwel, als ob er zu sich komme, „Mamselling", und nun versuchte er zu lachen, „die vier Knechte da im Stall haben Sie auch auf dem Gewissen. Machen Sie es nur nicht zu toll mit dem Essen".

Mamsell Tack, schnell versöhnt, hielt ihm den Mund zu und machte schelmisch „Psr"! Gerade wollte sie ihm komplett um den Hals fallen, da rief sie: „Huch! Der Kammerherr!" und entfloh eilends. Kammerherr v. Greifenklau kam mit einer Flasche in der Hand über den Kieselweg daher. Inspektor Düwel grüßte schon vom Fenster aus und ging ihm bis zur Türschwelle entgegen. Mit blasiertem, näselndem Sprachklang leitete der Kammerherr ein:

„Mein lieber Herr Inspektor, die jroßartige Abrechnung wollen wir mal mit einem edelsten Tropfen feiern und Ihre jroßen Verdienste um meine Güter mit einem veritablen Havannastengel beweihräuchern. Hätte jern Pulle Pommery jeknallt, aber Sie ziehn ja schweren Bordeaux vor. Na — Kling-Klang-Gloria auf die Zeit der schweren Not. Hähähä! Was vorjefall'n, das wert ist, für das Tagebuch eines Jelangweilten festjehalten zu werden! Vorzüglicher blauer Qualm, die Zigarre — wa?"

„Vier Knechte habe ich im Stall eingeschlossen", sagte der Inspektor, „habe nach dem Gendarm geschickt."

v. Greifenklau bemühte sich, die Augen weit aufzureißen: „Anjeseucht vom roten Maulwurf — wa? Arbeit verweigert — wa?"

„So ist es, Herr Kammerherr. Das Essen ist ihnen zu schlecht. Sie wollten Garantien haben, daß es besser würde. Zu Anfang waren alle Knechte aufsässig; als ich dann im Stall mit ihnen gesprochen hatte, gingen sie bis auf vier an die Arbeit. Die vier schloß ich ein."

Der Kammerherr tat einen tiefen Lungenzug. „Diese — Menschen hätte ich beinahe gesagt! Kaviar und Austern zum Appetit anregenden Frühstück — wa? Essen zu schlecht! Aber, nichts tun und ville fressen — so predigt's ja wohl der rote Lump dahier! Prost, mein lieber Herr Inspektor: das alte Testament soll leben! Verflucht sei der Acker um deinetwillen und im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen! Prost! Es ist nur wegen der Richter . . ."

(Fortsetzung folgt.)

nämlich, daß dieser Mob und die durch Versammlungen und den „Vorwärts“ verhetzten Sozialdemokraten nur noch durch ein Mittel im Schach zu halten sind: durch das Maschinengewehr.

Der „Reichsbote“ schreibt in seiner maßlosen Wut alle diese Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu. Er meint, die sozialdemokratische Agitation stehe jetzt in Berlin an einem Wendepunkte. Wie es scheine, lege die Sozialdemokratie selbst kein großes Gewicht mehr auf Vorspiegelung von „Gründen“ in der Agitation; sie geht einen kürzeren Weg, ihre „Beweismittel“ fangen an, Pflastersteine und Revolver zu werden. Es würde den Staatsgewalten in Berlin nichts anderes übrig bleiben, als sich darauf einzurichten und auf die wahnwitzigen sozialdemokratischen Herausforderungen die wirklich entsprechenden Antworten zu geben. Man würde sich aber die Frage vorzulegen haben, ob eine Presse, die von der Verhetzung des Volkes gegen Staat und Gesellschaft lebt, noch geistig gleichberechtigt und für Staat und Gesellschaft ertragen werden kann.“

Die „Post“ verlangt nicht mehr und nicht weniger, als über Berlin den Belagerungszustand zu verhängen, weil es in Moabit nun mehrmals nachts zu heftigen Zusammenstößen zwischen Publikum und Polizei gekommen ist. Vermutlich sehnt die „Post“ die Anwendung des jüngst enthüllten Systems des Generals von Bissing herbei. Das Blatt verlangt das sofortige Einschreiten der Staatsautorität, damit das Beispiel von Moabit nicht in anderen Teilen Berlins oder gar in der Provinz Nachahmung findet. Die Wutausfälle der „Post“ sind für gewöhnlich nicht tragisch zu nehmen, sie stellen meist Ausflüsse einer krankhaft erregten Phantasie dar. In diesem Falle scheint die „Post“ aber auf Anweisung von bestimmter Seite aus zu handeln und das macht ihr dreistes Verlangen einigermaßen beachtlich.

* * *

Wie die Polizei vorgegangen ist, dafür neben vielen anderen Beispielen nur eines: Dem „Hbg. Corresp.“ meldet ein Privattelegramm aus Berlin: In der Turmstraße ritten Polizisten an ein Automobil heran, in dem sich **4 englische Journalisten** befanden. Auf Veranlassung eines Kriminalbeamten, der die Automobilisten für Führer der Aufständischen hielt, wurde auf die Journalisten eingehauen. Der Vertreter des Reuterschen Bureaus Lawrence erhielt Hiebe über beide Hände, eine Hand wurde schwer verletzt. Der Vertreter der „Daily Mail“ erhielt mehrere Hiebe über den Kopf.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Verhandlungen im Werftarbeiterstreik. Gestern nachmittag 3 Uhr haben die Beratungen zwischen den Vertretern der Metallindustriellen und denen der Arbeiterorganisationen (Metallarbeiterverband, Gewerkverein der Maschinenbauer, Hirsch-Duncker und christliches Gewerkschaftskartell) wegen Beilegung des Werftarbeiterstreiks ihren Fortgang genommen. Die Verhandlungen, die in den Räumen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller in der Potsdamerstraße stattfanden, endeten mit Vertagung; die Verhandlungen werden am 3. Oktober in Hamburg fortgesetzt. Das Ergebnis wird geheim gehalten.

Zur Metallarbeiter-Aussperrung. In den Maschinenfabriken in Augsburg wurde am Montag durch Anschlag bekannt gegeben, daß am 8. Oktober die Aussperrung von 60 Prozent der im Betrieb beschäftigten Metallarbeiter erfolgt, wenn bis dahin die Differenzen auf den Seeschiffswerften nicht beigelegt sind. Die Mitglieder der Werkvereine (Gelbe) werden, wie in dem Anschlag bemerkt wird, von der Aussperrung nicht betroffen. In Betracht kommen rund 4000 Arbeiter.

Streiks in England im Jahre 1909. Das englische Arbeitsamt registrierte im Jahre 1909 436 Arbeitseinstellungen, von denen 300 819 Arbeiter direkt oder indirekt beteiligt waren. Der hierdurch entstandene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf rund 2¾ Millionen Arbeitstage. Die Zahl der Streiks ist in den letzten Jahren ständig in der Abnahme begriffen, doch hat die Zahl der beteiligten Arbeiter eine seit dem Generalstreik der schottischen Bergarbeiter (1894) nicht mehr gekannte Höhe erreicht. Nicht weniger wie 148 000 Bergarbeiter oder 49 Proz. aller Streikenden, waren an Arbeitsniederlegungen beteiligt, die anläßlich der Inkraftsetzung des Achtstundengesetzes für die Bergarbeiter sich ereigneten. Allerdings waren diese Bewegungen meist von nur kurzer Dauer. Im Jahre 1908 waren 295 507 Arbeiter mit 10 834 189 verlorenen Arbeitstagen an 399 Arbeitsniederlegungen beteiligt. In dieses Jahr fielen die heftigen und langen Kämpfe in der Maschinen-, Schiffbau- und Textilindustrie. Im offiziellen Bericht wird berechnet, daß etwa 1,9 Proz. aller industriellen Arbeiter des vereinigten Königreichs an Arbeitsniederlegungen im Jahre 1909 beteiligt waren (gegen 1,9 Prozent in 1908 und 1,4 Prozent in 1907). 182 Bewegungen oder 42 Prozent aller im Jahre 1909 begonnenen Arbeitsniederlegungen dauerten weniger als eine Woche, 74 Prozent dauerten weniger als einen Monat, 85 Prozent weniger als zwei Monate. Die letzteren umfaßten 95 Prozent aller beteiligten Arbeiter. Von den übrigen Streiks entfallen 26 mit 8588 beteiligten Arbeitern, die 676 011 Arbeitstage einbüßten, auf den Kohlenbergbau, während 13 Streiks in der Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie und 8 in der Textilindustrie sich ereigneten, die sämtlich länger als acht Wochen dauerten. Von den 436 im Jahre 1909 begonnenen Bewegungen wurden 271 oder 62 Prozent durch direkte Verhandlungen beendet; eine ständig größer werdende Zahl von gewerblichen Streitigkeiten dagegen wird durch Schiedssprüche erledigt. Im letzten Jahre waren dies 26, wovon 13 mit 17 179 Beteiligten in der Kohlen- und Steinindustrie, 4 im Baugewerbe und 4 in der Metallindustrie. Insgesamt waren 59 945 Arbeiter oder 11 Prozent der Gesamtzahl (gegen 3 Proz. im Vorjahre) an Bewegungen beteiligt, die durch Schiedsspruch beendet wurden. Die Ursache der Arbeitsniederlegung waren in 25 Prozent aller Fälle Lohnstreitigkeiten und in 51 Prozent der Fälle Differenzen bezüglich der Arbeitszeit.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein neuer Karl-May-Prozeß. Die in der Öffentlichkeit viel besprochene und bisher in dem Für und Wider der Parteien noch nicht geklärte Preßgeschichte über das Vorleben des Schriftstellers Karl May erlebte am 26. September vor dem Schöffengericht Kötzschenbroda eine neue Auflage. In einem Beleidigungsprozeß gegen den katholischen Schriftsteller Expeditus Schmidt tritt Karl May von neuem als Kläger vor die Gerichtsschranken. Dieses Mal handelt es sich nicht um die Frage, ob Karl May früher im Böhmischen Räuberhauptmann gewesen sei, wie sein Gegner Lebius behauptet, sondern der Streit dreht sich um die literarische Qualifikation Mays. In der katholischen Revue „über den Wassern“ waren mehrere Artikel erschienen, die der katholische Pater Pöllmann veröffentlicht hatte. In ihnen wurde Karl May als ein literarischer Dieb bezeichnet, der aus dem Tempel der deutschen Kunst herausgepeitscht werden müsse. An diese Artikel knüpfte sich eine längere Preßfehde, an der auch Pater Expeditus Schmidt als Herausgeber der Zeitschrift beteiligt wurde. In Nummer 104 der „Augsburger Postztg.“ veröffentlichte er einen Artikel, in dem u. a. behauptet wurde, daß Karl May zu gleicher Zeit unsittliche Kolportageromane und fromme katholische Muttergottesgeschichten geschrieben hätte. Auf Grund dieser Stelle hat May die Privatklage erhoben. Zur Verhandlung war der Angeklagte Pater Expeditus Schmidt nicht persönlich erschienen, sondern nur sein Verteidiger Dr. Adler-München. Der Privatkläger, Schriftsteller Karl May, war persönlich anwesend. Sein Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. Puppe-Berlin, erklärte, daß das persönliche Erscheinen des Angeklagten unbedingt notwendig sei, denn er müsse über die Kenntnis von gewissen Umständen hinsichtlich dieses seit Jahren bestehenden Kampfes wegen Karl May abgefragt werden. Sehr merkwürdig muß die Angabe Mays berühren, mehrere der fraglichen Romane seien völlig umgeändert worden, er könne für den Inhalt infolgedessen die Verantwortung nicht übernehmen. Gleichwohl gehen diese Romane unter seinem Namen, und er hat auch ein Honorar von 20 000 Mk. dafür erhalten, wie sein Prozeßgegner unwidersprochen behauptete. Die Verhandlung wurde schließlich vertagt; es sollen neue Zeugen geladen werden.

Aus Nah und Fern.

Zwei neue Opfer. Die Tragödie mit der Familie des Stadtrats Arndt in Pr. Stargard hat nunmehr zwei weitere Opfer gefordert. Der Sohn und Frau Arndt sind nach furchtbaren Leiden gestorben.

Liebesdrama. Nach einer Meldung aus Hirschberg (Schles.) beging ein Liebespaar Selbstmord am Zackelfall. Es handelt sich um einen 24jährigen Studenten aus Breslau und eine 22jährige Breslauer Lehrerin. Das Motiv ist unbekannt.

Justiz und Gesindesklaverei. Das Dienstmädchen Berta Sommer stand bei dem Gutsbesitzer Gerich in Bornim bis zum 2. April d. J. in Dienst. Sie verließ denselben, weil sie nach ihrer Ansicht von der Dienstherrschaft schikaniert wurde. Auf Antrag des Gutsbesitzers Gerich wurde sie am 9. April durch die Polizei wieder in den Dienst zurückgebracht. Sie verließ denselben jedoch sofort wieder. Hierauf erhielt sie unterm 11. April vom Amtsvorsteher in Bornim ein Strafmandat über 9 Mk., weil sie ohne triftigen Grund den Dienst verlassen habe. Diese Summe wurde bezahlt. Unterm gleichen Datum erhielt sie eine Strafandrohung von 60 Mk., oder fünf Tage Haft, falls sie nicht binnen 24 Stunden in den Dienst zurückkehre und daselbst bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses verbleibe. Diese Aufforderung, bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses im Dienst zu verbleiben, ist zu Unrecht geschehen, denn nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 17. Januar 1905 ist die Polizeibehörde nicht befugt, dem entlaufenen Gesinde aufzugeben, den Dienst während der Dauer des Mietsvertrages fortzusetzen. Leider wendete sich der Vater nicht an das Oberverwaltungsgericht. Gegen diese Verfügung hatte der Vater des 19jährigen Mädchens beim Landrat sowohl als beim Regierungspräsidenten Beschwerde eingelegt, doch ohne Erfolg. Da das Mädchen weder in den Dienst zurückkehrte, noch die 60 Mk. bezahlen konnte, denn diese Summe bedeutete für sie beinahe einen halben Jahreslohn, wurde sie einfach fünf Tage lang in das Bornstedter Spritzenhaus eingesperrt. Doch damit ist die Sache noch nicht erledigt. Am 18. Juni und dann noch einmal zwei oder drei Wochen später gab sich die Polizei noch einmal dazu her, das schon zweimal gestrafte Mädchen abermals dem Gutsbesitzer Gerich auf dessen Antrag zuzuführen. Am 17. August hat nun das Mädchen vom Amtsvorsteher ein drittes Strafmandat über 15 Mk. oder drei Tage Spritzenhaus erhalten, über welches nun das Amtsgericht zu entscheiden hat. — Wegen Übertretung des Gesetzes vom 24. April 1854 war der Dienstknecht Gustav Fischer, der bei dem Bauerngutsbesitzer Grote in Alt-Töplitz sich verdungen hatte, vor dem Potsdamer Schöffengericht angeklagt. F. hatte im Juli den Dienst verlassen, während seine vertragliche Dienstzeit bis Mitte Dezember dauern sollte. Als Grund dafür gab er an, daß er die schlechte Beköstigung und lange Arbeitszeit von 4 Uhr morgens bis abends um 9 Uhr nicht vertragen konnte. Der Dienstherr erklärte als Zeuge, daß bei ihm die Beköstigung gut sei. Der Amtsanwalt hatte nun gegen F. 15 Mk. Geldstrafe beantragt. Auf die Frage des Vorsitzenden, was F. auf den Antrag erwidern wolle, erklärte F.: „Das ist kein Essen, das ist ein Fressen!“ Der Vorsitzende entgegnete: Menschen fressen nicht, sondern essen. F. wiederholte: Das war ein Fressen! Darauf wurde er deshalb wegen Ungebühr vor Gericht zu 24 Stunden Haft verurteilt! Die Strafe wurde gleich vollstreckt. Wegen Dienstverlassens erhielt F. 15 Mk. Geldstrafe. — Krasser kann die Schutzlosigkeit des Gesindes und die Rechtlosigkeit der Staatsbürger vor Gericht kaum gekennzeichnet werden.

Ein Opfer seiner Waghalsigkeit. Leutnant v. Schröder vom Bückeburger Jägerbataillon, kommandiert zur Schloßgarde-Kompagnie, ist, wie aus Berlin berichtet wird, in der Nähe von Großbeeren bei dem Versuch, zwischen den Flügeln einer Windmühle hindurchzugehen, tödlich verunglückt. Er wurde von den Flügeln erfaßt und 50 Meter weit fortgeschleudert. Den Anstoß zu dem verhängnisvollen Experiment gab die Erzählung, daß ein anderer Offizier glücklich zwischen Windmühlenflügeln hindurchgeritten sei.

Vergiftet. Aus Solingen wird berichtet: Kinder, die auf einem Acker Kartoffeln im Feuer gebraten hatten, erkrankten nach dem Genuß der Kartoffeln schwer; anscheinend war das Gift des Kartoffelkrautes in die Kartoffeln übergegangen. Ein Knabe ist gestorben, ein Mädchen liegt hoffnungslos danieder.

Opfer der Grube. Im Alexander-Bergwerk in Rußland wurden durch die Explosion von Gasen sechs Bergleute getötet und vier schwer verletzt.

Familiendrama. In Schmidthorst bei Duisburg geriet der Arbeiter Nielke mit seinem Schwiegervater in Streit. Während beide am Boden rangen, schoß die Frau ihrem Manne eine Revolverkugel in den Rücken und verletzte ihn tödlich.

Fromme Kurpfuscher. Die Schwestern der Marienanstalt in Würzburg versorgten die gläubige — und ungläubige — Menschheit nicht nur mit Gottes Wort, sondern auch — mit Mitteln gegen Blutstockung und Menstruationsbeschwerden. Unter dem Namen „Stahlpulver“ verkauften sie für 50 Pfg. an jedermann, sogar an Kinder diese Mittel, die besonders von Frauen und Mädchen, die sich in Nöten befanden, gesucht waren. In der Gebrauchsanweisung, die den Pulvern beigegeben ist, wird verordnet, daß die Pulver neun Tage nacheinander morgens und abends genommen werden, und dann heißt es: „Täglich betet man drei Vaterunser zu Ehren des göttlichen Herzens Jesu!“ Der Ehemann einer Frau, die sich auch das Mittel geholt hatte, war etwas mißtrauisch und ließ es chemisch untersuchen. Das Pharmazeutische Institut der Universität Berlin stellte folgendes eigentümliche Mixtum compositum fest: „Eisenfeile (!), Zimmt und eine kleine Menge kohlensaurer Kalk (wahrscheinlich in Form von gestoßenen Eierschalen)“. Ein anderes Institut fügte dem noch hinzu: „Selbstverständlich ist der Dreck gesundheitsschädlich und polizeiwidrig. Kein Hundsmagen verträgt das Zeug“. Die frommen katholischen Ordensbrüder und -schwestern verstehen sich aufs Geschäft. Die einen brauen Bier, die anderen mischen Schnaps und hier wird zur Abwechselung in Abtreibungsmitteln gearbeitet. Und das alles im Namen Gottes, den sie beständig auf den Lippen führen.

Gesetzlicher Mord. Wie aus Metz berichtet wird, kletterte bei dem Außenfort Chesny-Süd bei Veltre ein Melker auf das Festungsgelände. Er wurde vom Posten verhaftet. Er machte jedoch einen Fluchtversuch und wurde, als er auf die Haltrufe des Postens nicht stand, von diesem erschossen.

Ein Bürgermeister als Handlanger der Militärbehörde. In Eilenburg wurde gegen eine vom Gewerkschaftskartell arrangierte und von der Theatergesellschaft Zahn aus Bitterfeld geplante Aufführung des Schauspiels: „Die letzten sechs Wochen“ von der Polizeibehörde ein Verbot erlassen. Das vom Bürgermeister Dr. Beltan verfaßte Kulturdokument lautet: „Auf Grund des § 10 des Allgemeinen Landrechts, Teil II, Tit. 17, wird die Aufführung dieses Theaterstücks im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hiermit untersagt, weil der Inhalt der Aufführung geeignet ist, die Besucher gegen die bestehende staatliche Ordnung aufzureizen. Das Königliche Bezirkskommando zu Bitterfeld hat heute das Verbot bei uns beantragt. Dem Chef der Polizeiverwaltung ist das Stück erst am Aufführungstage, abends 6¾ Uhr, vorgelegt worden. Es liegt für ihn nicht mehr die Möglichkeit vor, das Stück selbst eingehend zu studieren. Es wird daher darauf Bezug genommen, daß das Stück von der Halleschen Polizeiverwaltung aus den oben angeführten Gründen verboten ist und daß dieses Verbot von der für Eilenburg ebenfalls zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg, bestätigt ist. Dr. Beltan. Mehr Schmiegsamkeit und Biegsamkeit kann man wirklich nicht verlangen. Der Bürgermeister kennt zwar das Stück nicht, das bereits in Leipzig, Bitterfeld, Delitzsch usw. aufgeführt wurde, ohne daß der Staat ins Wanken gebracht worden wäre, er hat gar keine Ahnung von dem Inhalt, aber das hindert ihn nicht, sich allerunterthänigst den Wünschen der Militärbehörde zu fügen, und sich, ohne mit einer Wimper zu zucken, zum Handlanger für den Militarismus herzugeben. Vielleicht erinnert man sich nun des strebsamen Bürgermeisters beim nächsten Ordensfest.

Bruder und Schwester bei einer Segelfahrt ertrunken. Aus London wird berichtet: Ein tragischer Unfall, dem ein Offizier und seine Schwester zum Opfer fielen, hat sich bei Weymouth ereignet. Hauptmann Bogle von der indischen Armee und seine Schwester waren in einem Segelboot auf das Meer hinausgefahren, um zu fischen, als das Boot infolge eines plötzlichen Windstoßes umschlug. Beide suchten sich durch Schwimmen zu retten, und man sah, daß der Offizier verzweifelte Anstrengungen machte, um seine Schwester über Wasser zu halten. Andere in der Nähe befindliche Boote eilten zu ihrem Beistande herbei, doch beide gingen unter, ehe man ihnen helfen konnte.

Explosion einer Bombe. Zwei Bahnbeamte waren auf dem Bahnhof Basel mit dem Einladen der Koffer von Russen beschäftigt, die aus Amerika zurückkehrten. Unvorsichtigerweise ließen sie einen Koffer fallen. Eine furchtbare Explosion erfolgte. Die beiden Beamten wurden schwer verletzt. In dem Koffer war eine Bombe verpackt. Der Eigentümer des Koffers, ein Russe, wurde mit Frau und Kind auf dem Bahnhof verhaftet.

Literarisches.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 26 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Ein Rückblick. — Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterinnen. III. Von Alexandra Kollantay. — Ein Wort zur Gestaltung unserer Diskussionsabende. Von Marie Wackwitz. — Zur Lage der Krankenpflegerinnen. Von M. Kt. — Unsere Frauen in den Jugendbildungskommissionen. Von L. Radlof. — — Das eheliche Erbrecht. Von Ernst Oberholzer. — Bericht der Berliner Kinderschutzkommission. Von H. Barenthin. — Vom Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften. Von gb. — Aus dem Jahresbericht der Gewerbeinspektion für Koburg-Gotha. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Von der proletarischen Frauenbewegung im achten und zehnten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis. — Gründung einer Frauensektion in Beiertheim. — Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung in Nürnberg. — Frauenorganisation in Baden. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Kampf der Bleistiftarbeiter in Nürnberg. Von gb. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizenteil: Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenbildung. Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Herbst. Von Cäsar Flaischlen. — Schmucksitten bei den Menschen der älteren Steinzeit. Von Hannah Lewin-Dorsch. — Kinderpflege. — Sprüche von Marc Burel. — Feuilleton: Wanderlied. Von Gottfried Keller. — Wie der Huber-Dres zu Ehren kam? Von Ernst Zahn. (Schluß.)

Für unsere Kinder: Die Sturmschwalbe. Von Henrik Ibsen. (Gedicht.) — Drei Meuterer. Von Ernst Almsloh. — Die Hummelkönigin und ihr Volk. — Der Müller! Von Emma Döltz. (Gedicht.) — Der Froschmäusekrieg. Frei nach B. Blüthgen. — Kleine Fabeln. Von Hans Reiter. — Kinderliedchen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 28. Sept.

1. Klasse 326 Drittel zu 125,08 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 36 „ „ 115,65 Mk. „ „

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kohlmarkt 5 **Gebr. Barg** Tel. No. 1739
Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von **Margarine**
verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken
der Firma **A. L. Mohr**
G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpfl.
F.W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüxstr. 34. Lieferant d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Richelsen, Königstr. 111. Tomb.-, Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
Dampfbäckerei „Hansa"
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.
Wilh. Hüper, Beckergrube 76.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn. Fackenb. Allee 57 a.
A. Netelmann, Schlum.-Str. 1. Sp.: Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickedestr. 20.
E. Reinhold, Eutin, Kielerstr. 34. Weiß-, Fein-, Grobbäckerei.
Johs. Gode, Moisling, Grob-, Fein- u. Weißbäckerei.
L. Schünemann Reinfeld, Kirchsteig Fein-, Weiß-, Grobb.
Joh. Elvers, Schlutup, Lübeckerstr. 46. Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, Seeretz.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
F. BARBY Hüxstr. 17 Zur Ruhe.
Georg Behnck,
Lübeck, Warendorpstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Herenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Griebel, Eutin, Weidestr. 14.
G. Wackenhut, Fackenburg.
H. Kröger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
C. Buchholtz, Lübeck, Schwart. Allee 4. Besohlanst. „Elektric".
H. Faasch. Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
J. Kalkhorst, Warendorpstr. 20.
Johs. Petersen, Kupferschmiedestr. 3.
Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Große Burgstr. 32.
J. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.

Brauereien
Trinkt Adler-Bier.
Aktien-Bierbrauerei Lübeck
Lübecker Bürgerbräu. Braunbier.
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Lübecker Hansa-Bier
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
Zur Walkmühle
H. Lück
empfiehlt Lagerbier in Gebinden und Flaschen.

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 **August Scheere** Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972.
Hüxstr. 22/24. Tel. 8977.
Warendorpstr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
Parcevalstr. 32. Tel. 8978.

H. E. Koch's Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u. Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spieg., Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breitestr. 7.

Fahre Wohl
G. Stooss
Fischergrube 25

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Brauereien
Chr. Bade, Hüxstr. 128. ff. Braunbier.
Paul Flemming, Engelsgrube 62/64. Elmer-, Braun- und Doppelbier.
L. Hochbaum, Schulstr. 8. Braun- und Elmerbier.
Grabower Kethbier 12 Fl. M. 1.30 frei Haus. Bierverl. L. Meyenborg, Warendorpst. 52/54.
Adolf Osbahr,
Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 87.
Braunbier
Hermann Stamer.
F. Weiermiller Schwartauer Allee No. 3b.
Eimerb. b. Meyenborg, Warendorpst.
Heinr. Wilcken, Engelswisch 17/19. ff. Braunbier.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
Otto Höfke, Lübeck, Blanckstr. 14a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
W. Behlendorff, Lübeck, Hüxstr. 71.

Bürsten, Kämme
H. Hagenström, Lübeck, Königstr. 80.
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Joh. Beutin, Lübeck, Hüxstr. 42.
L. Erdmann, Fleischhauerstr. 4. Ploisch-, Wurstw. Heringe.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Rud. Jaacks, Inhaber: H. Scheel, Kupferschmiedestr. 7.
C. Krapp Ob. Wahmst. 6 Eierhandlung en gros, en detail
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rockslen, Hüxstr. 23.
L. Schnoor, Wagnitzmauer 82.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Th. Storm Nachf., Königstr. 98. T. 473. en gros, en detail.
Lübecker Butter-Haus,
Fr. Warnecke, Breitestraße 1/5.
Hans Wegener, Wahmstr. 10.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Färb., Wäsch.
Alw. Karstadt, Lübeck, Holstenst. 20, Warend.-St. 30.
C. Monica, Kupferschmiedestr. 13.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
H. Böttcher, Fackenbg. Allee 11. Cig. i. allen Preislagen.
Carl Ehlert, Schwart. Allee 85.
Conrad Hardt Hüxstraße 126.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 30.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
F. Langermann, Mühlenbrücke 4.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Alb. Meyer, Engelsgrube 89.
Heinr. Möller, Holstenstr. 42.
A. Riecken, eig. Fabr., Schw. Allee 63.
Otto Schlamm, Königst. 48b. „Anila", hochf. 6-Pf.-Cigarre.
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerau, Balauerfohr 29.
Carl Wittfoot, Hüxstr. 18.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.
C. Bruhn, Cigarrenfabr., Reinfeld.
H. Timm, Schwartau, Lüb.-Str. 2

Dam.-Kleiderstoffe
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Hans Struve, Königstr. 89.

Damen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestr. 39/41.
Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwasch-, Plättanst.
Pariser Kemiwäscherei, Paul Duncker, Leignistraße 3. Fernruf 1305, 529.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1c.

Drogerien
J. Becker, Lübeck, Dornestr. 29.
F. W. Busch, Roeckstr. 5b.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöfft.
Burg-Drogerie, H. Oelgart Nachf., Gr. Burgstr. 44.
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Christoph Jensen, Pfaffenstr. 20.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Carl Muß, Schüsselbuden 1 (Ecke Mangstr.)
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moisl. Allee 6a.
Otto Schlicke, Fackenbg. Allee 70.
H. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-Str. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.
H. Loppenthien, Seeretz.

Fahrr., Nähmasch.
H. Bade, Lübeck, Mühlenbr. 2. Rep.-Werkst. aller Syst.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Frister & Roßmann,
Depot: Gustav Kath, Sandstr. 14.

Fahrr., Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Otto Dortmundt Schwart. Allee 99. Eig. Repar.-Werkst.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15. Lübecker Fahrräder.
Hugo Meier, Wahmstr. 21.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
O. Störzner, Hüxstr. 54, Johannesstr. Mangeln, Wasch- u. Wringm.
Th. Vedder, Friedenstraße 1. Sämtliche Reparaturen für Fahrräder u. Nähmasch. werden gut und billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
Johs. Marcks, Schlutup.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
Wilh. Bandholtz, Lübeck, Hüxstr. 92. Fußbodenöl „Bandol".
J. Becker, Dornestr. 29.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöfft.
Hansa-Drogerie Karl Mayer, Fackenbg. Allee 10.
Reichhaltiges Lager mod. Tapeten.
Heinr. Heickendorf, Markt 15/16.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Otto Schicke, Fackenbg. Allee 70.
Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-St. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland,
Wilh. Schmidt Nachflgr., Lübeck, Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Paul Boldt, Wahmstr. 22.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Johs. Heick, Markt 2, Kohlmarkt 14.
Spezialität: Prima Fleischwaren.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
Herm. Kähler, Sadowastr. 35. Erstklassige Ware billig.
Oscar Kell, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Moislinger Allee 57.
W. C. Koeppke,
Schlachterei und Wurstfabrik, Klingenberg N. 3/4. Telephon 489.
ff. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
Braunschweiger Wurstfabrik
Heinrich Kronsbein, Travelmannstr. 26/28, Tel. 1439; Hansastr. 95. Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurstwaren. Spezialität: Aufschnitt.
L. Küntzel, Blücherstr. 22. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
A. Meiz, Glockengießerstr. 73. — Fernruf 2358. —
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Willy Niß, Warendorpstr. 53, Ecke Schwart. Allee.
Jos. Paatsch, Holstenstr. 22. Fernr. 1249. Sp.: ff. Aufschnitt.
Friedrich Paetau, Wurst-Fabrik. Mühlenstr. 27
Pa. Fleisch- und Wurstwaren.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Georg Rehder, Hüxstr. 79.
A. Rolf, Gr. Burgstr. 37. Telefonruf: 1772.
Christ. Scheel, Westhoffstr. 33.
H. Schmalfeld & W. Mamerow, Reiferstr. 26. Telephon No. 2152.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Carl Tiedt, Ob. Trave 7. Telephon 971.
Gust. Wietzke, Mühlenstr. 81. Pa. Pl.-u. Wurstwaren.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
Ernst Zachow, Georgstr. 37.
Heinr. Steer, Eutin, Kielerstr. 34. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
E. Martens Moisling, Nur gute Ware.
E. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.
Heinr. Ahrendt, Schlutup. Schlachterei und Wurstfabrik.
Franz Winkler, Schlutup, Lüb.-Str. 31. Prima Fleisch- und Wurst-Waren.

Friseure, Parfüm.
Helmuth Koch, Lübeck, Marlesgr. 6.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
M. Lauck, Wahmstr. 71.
Frau Ad. Richter, Wwe. b. Skt. Johann. 8.
Aug. Schuldt, Ratzebg. Allee 44.
A. Litzenroth, Moisling.
J. Wieschendorf, Schlutup, Lüb.-Str. 46.
B. Adler, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Galant.-, Spielwar.
Louis Boy, Lübeck, Breitestr. 58a. Vorteilh. Bez.-Quelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
M. Kranz, Schlutup, Wesloerstr. 11.
Jacobsens Kinder, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Gardinen, Teppiche
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Gelegenheitskäufe
Willy Janssen, Lübeck, Böttcherst. 31.

Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck, Marlesgr. 16. Tel. 1136. Glas, Porzellan u. Steingut.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.

Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 25.
A. Braun, Goldschmied, St. Petri 15.
Johs. Tollgreve, Goldschm., Königst. 92.

Handels-Lehranst.
Björkman Lübeck, Beckergr. 181. Behördl. genehmigt.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Gummiw., Bandag.
F.W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
Wessels Gummi-Spezial-Gesch. Breitestr. 60.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
J. F. B. Grube, am Markt.
Carl Hartmann, Glandorpstr. 2.
W. Klüssendorf, Hüxstr. 116. T. 1159. Sp.: Gaskr., Kocher u. Plätten, Bierdr.-App., Bade-Einr.
Bernhd. Neumann, Balauerfohr 12.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
Riesenbazar P. Cagna Breitest. 33 Vorl. Bez.
Carl Rittscher, Holstenstr. 34. Spez.: Emaille-Geschirre.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
F. Vester, Neuhof b. Reinfeld.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
Wilh. Maaß, Reinfeld.
M. Kranz, Schlutup, Wesloerst. 11.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren-Artikel
Hans Kamerhuis Gr. Wahmstr. 17 Wäsche, Krawatten, Hüte.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Emil Württenberger,
Kohlmarkt 8. — Spez. Hüte — Markt 5. Wäsche, Kravatten, Unterzeug.

Herren- u. Knab.-Gard.
Franzen & Co., Lübeck, Holstenstr. 16.
Albert Meincke, Ecke Aegidienst. 15.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Lenz, Oldesloe, Bestthorstr. 10.
Ch. F. Stahmer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
J. Ramm, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Lorenz Richter, Breitestr. 20.
Walter Stalbohm, Hüxstr. 26.
Hans Struve, Königstr. 89.
Aug. Tralow, 11 ob. Wahmstr. 11. Spezial.: Strohhüte.
Johs. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27.
Hüte, Mützen, Schirme.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 32.
Otto Bähnk, Friedenstr. 76.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Friedr. Berger, Warendorpstr. 32.
Johann Beutin, Hüxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Burmester, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Aug. Dibbert,
Tunkenhagen 20. Vorteilhafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.
F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
W. Fischer, Schwönekenquerstr. 11.
Georg Hartkopf, Adlerstr. 38.
Fritz Hartmann, Krähenstr. 12.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Otto Höfke, Blanckstr. 14a.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.
C. Lender, Hundestr. 42.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Heinr. Lohse, Johannisstr. 65.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
Ludw. Mettel, Atendornstr. 23.
Joh. Müller, Hartengrube 21. Eig. Kaffeerösterei.
E. Pagels, Glockengießerstr. 71.
W. Puls, Joh. Fick Nchf., Wahmst. 92, Ecke Balauerfohr. Brennmat.
S. Resenhöft, Schwönekenqustr. 26.
Emma Runge, Cronst. Allee 105.
M. Schwang, Paulstr. 11a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
Joh. Schwabroh, Moisling. Allee 33.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Joh. Timm, Schwartauer Allee 131a.
Carl Trost Nachflg., Fackenbg. Allee 55c.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33.
L. Weimann. Maiblumenstr. 6/8.
Heinrich Wille, Lg. Lohberg 1.
H. F. Falckenhagen, Eutin, Kielerst. 25.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
H. Ohde, Moisling.
Rich. Witten, Oldesloe, Langest 24.
Rich. Heitmann, Reinfeld.
Wilh. Maaß, Reinfeld.

Kolonial-, Fettwar.
Karl Barkmann, Schlutup.
P. Draguhn, Schwartau, Lüb.-St. 8.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, Seeretz.
Heinr. Loppenthien, Seeretz.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Korbw., Kinderwag.
K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
Wilh. Oldenburg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, Oldesloe, Langest. 6.
Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 2.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
S. M. Hazan, Geverdesstr. 7, b. Schwart. Allee.
Heick & Schmaltz, Sandstr. 11.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
M. Schläger, Glockengießerstr. 44.
Hans Struve, Königstr. 89.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Max Wischendorff, Hüxstr. 123.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
H. Ohde, Moisling.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
J. Ramm, Schlutup.

Lederwaren, Koffer
Alex. Krock, Lübeck, Königstr. 47.

Manufakturwaren
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeier, Slump & Elberfeld.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Theodor Vagt, Tunkenhagen 1.
J. Behrens, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Max Kankel, Schlutup.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.
L. Schaap, Schwartau.

Möbelmagazine
Gustav Busch, Lübeck, Alfstr. 21. Vorteilh. Bezugs-Qu.
Carl Folkers, Marlesgr. 25. Fernruf 734. Gr. Ausw., bill. Preise. Weitestgeh. Garant. Liefrg. frei Haus auf eig. Möbelwg.
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
C. Kaphengst, Königstr. 50. Vorth. Bezugsqu.
B. Lux, Marlesgrube 51.
J. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.
Georg Topp, 24 Marlesgrube 24. Neue u. gut erhaltene Möbel.
G. Wackenhut, Fackenburg.
B. Gerigk, Malente, Bahnhofstr. 46.
H. Hoffmann, Reinfeld, Bahnhofstr.
H. Burmeister, Schlutup, Lüb.-St. 66.
Herm. Pingel, Schwartau.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei ist die Amme Lübecks u. Lieferantin von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144.
Milch und ff. Molkereiprodukte.

Musikwaren
H. Haller, Lübeck, Markt 3, Kohlmkt. 12.
Musikhaus Jack, Königstr. 96.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40.
Meyer & Eggert, Königstr. 116.

Obst u. Südfrüchte
E. Christoffersen, Lübeck, Holstenstr. 42.
Sophie Aster Wwe., Fischergr. 49.
Amanda Voß, Lg. Lohberg 50.

Optik u. Mechanik
Hugo Meier, Lübeck, Wahmstr. 21.
Carl Volger, Opt. Spezial-Geschäft, jetzt Breitestraße 15, ab Oktober 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Atelier Lubecca, Breitest. 13. Photograph. gut u. billig.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Th. Bruß, Reinfeld, Bahnhofstr.

Putz u. Modewaren
C. Badendiek, Lübeck, Königstr. 26. Holstenstr. 13/15.
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
D. Wagner, Holstenstr. 8.
Clara Kahle, Obere Wahmstr. 1.
W. Simm, Balauerf. 16. Brautschmuck.

Rein-, Rep.-, Bügelanst.
C. Wimmer, Inh. H. Schlesselmann, Lübeck, Mühlenst. 30.

Rudolph Karstadt
Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Schuhwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

A. N. Becker
Uhrmacher
Uhren und Goldwaren
Spezialität: Trauringe
Holstenst. 32

Piano-Magazine
Haussmann Johannisstr. 14. Verkauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40. Neue u. gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.
Gasthof am Kreuzweg. E. Cordts, Seeretz.

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähenst. 16. Pa. Roßfleischwaren.
H. Dieckvoß, Ob. Travel 2. Tel. 1664. Sp.: Roßfleischwaren.
J. Strobel, Loignystraße 8, Markt. — ff. Beefsteaks u. Gehacktes frisch v. Eis.
Ernst Wulff, Dankwartsgr. 34. Tel. 958. Täglich frische Scheiben und Gehacktes.
H. Wulff, Fischergr. 10. Telephon 1149.
H. Jäde, Schwartau, Rantzau-All. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfeifen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Barmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxein Wwe., Moisig. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moisig. Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Lübeck, Marienstr. 2.
Bauernfeind, Mühlenstr. 34. Auch Reparat.
E. Baer, Marlesgrube 4 und 38. Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beckmann, Reiferstr. 3, b. d. Schwart. Allee.
W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr., Schwartauer Allee, Ecke Geverdesst.
P. Beeck, Balauerfohr 5. Maß. Reparaturen.
Carl Buchholtz, Schwartauer Allee 4. — Record-Stiefel. —
Friedr. Busch, Schuhwaren-Haus, Mühlenstr. 27.
H. Fehlauer, Engelsgrube 81.
Franzen & Co., Holstenstr. 16.
Zum billigen Schuhladen, W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Raetz & Kremin, Georgstr. 40.
Chr. Rehlen, Schwönekenquerstr. 25. Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schleuß, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schlumacher-Straße 4. Schleifer u. Siebmacher.
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
J. F. B. Grube, am Markt.
Martin Jürgens, Unt. Hüxstraße 105. Hohlschleiferei. Sp.: Rasiermesser.
Carl Rittscher, Holstenstr. 34.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Sol. Stahlw.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lüb.-Str. 52.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 25.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Fünfhausen 22. Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 25.
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Ernst Gentzen, Königstr. 62.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, Beckergrube 5.
Georg Reese, Hüxstr. 22/24.
Bruno Schmidt, Uhrmacher, Breitestr. 56.
Heinr. Schultz, Johannisstr. 20.
Willi Westfehling, Holstenstr. 40.
Ad. Hübner, Uhrmacher, Fünfhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langestr. 52.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen
F. P. Ahrens Königstr. 75 Ecke Hüxstr.
Fr. Geist, Lübeck. Hüxterd. 8. T. 1935.
J. Höppner, Beckergrube 66.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 113
Beste Qual. zu billigen Preisen
M. Kranz, Schlutup, Wesloerstr. 11.

Otto Albers, Kohlmarkt 10
Spezial-Geschäft für Arbeiter-Ausstattungen. Manufakturwaren und Garderoben.
Alls bekannt als gut u. billig!